Freigeld und Wirklichkeit

Von

Dr. Ernst Ackermann

Vorsteher des statistischen Bureaus der Schweizerischen Nationalbank

Druck & Verlag Frobenius A·G
Basel

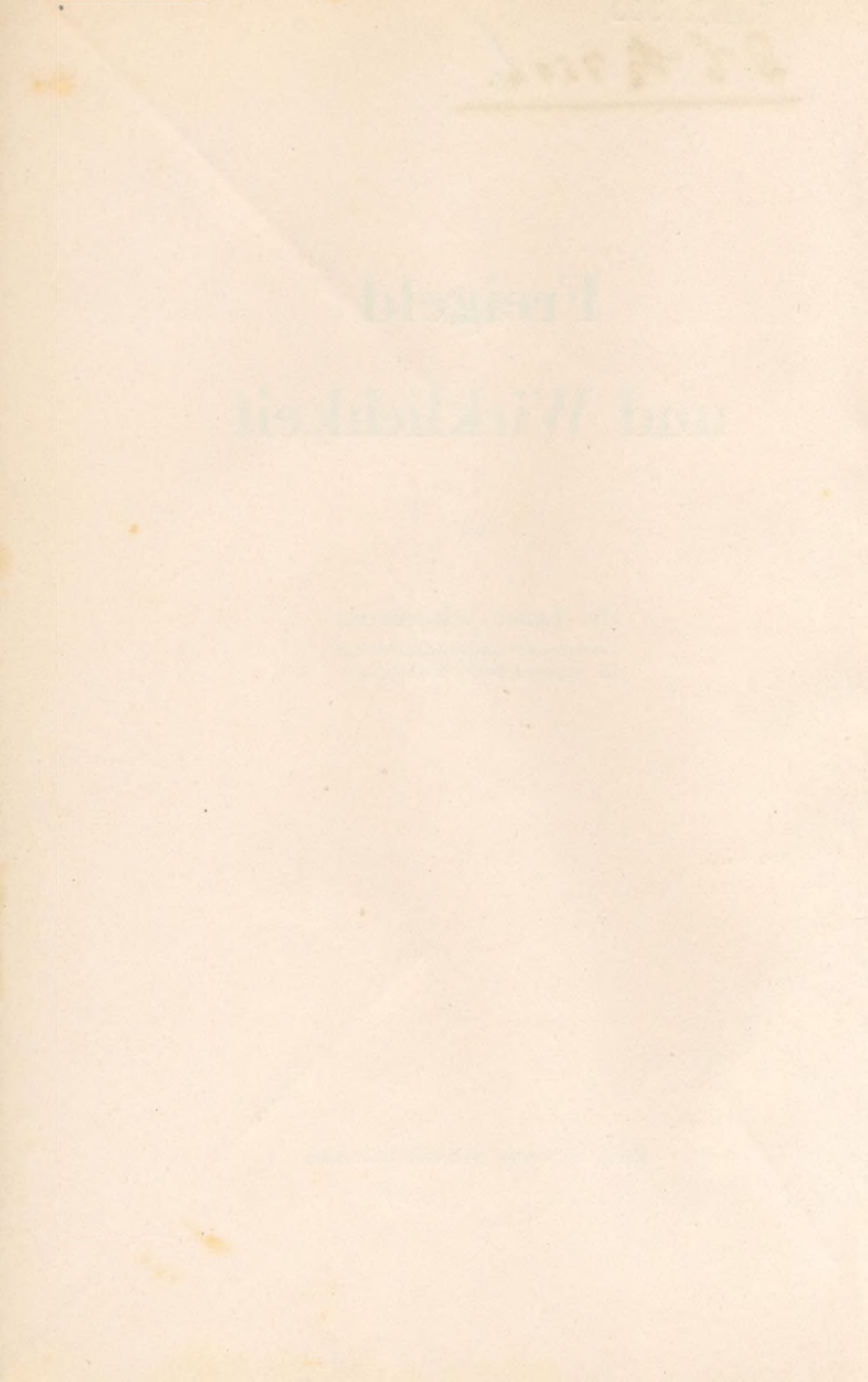


Freigeld und Wirklichkeit

von

Dr. Ernst Ackermann
Vorsteher des statistischen Bureaus
der Schweizerischen Nationalbank

Druck und Verlag Frobenius A. G., Basel



Inhalts-Verzeichnis

Vorwort 5
Kurze Erklärung einiger Ausdrücke 7
1. Was der Schweizer Freiwirtschaftsbund erstrebt 11
2. Grundgedanken der Freiwirtschaftslehre . . 13
3. Wie die Freiwirtschafter ihr Ziel erreichen wollen 16
4. Warenpreis und Preisniveau 17
5. Der Kompass für die Regelung des Geldumlaufs 21
6. Auf welcher Höhe soll das Preisniveau stabilisiert werden? 25
7. Das Hauptübel: die Trägheit des Geldes . . 26
8. Das Universalmittel: der Umlaufszwang des Geldes 28
9. Wer trägt den Verlust? 30
10. Die Freigeldnote 31
Muster einer Freigeldnote 34
11. Der bargeldlose Zahlungsverkehr 35
12. Die Mittel zur Stabilisierung des Preisniveaus 39
13. Die Erklärung, dass die Preise weder sinken noch steigen dürfen 42
14. Die Veränderung der offiziellen Sätze . . . 42
15. Die Diskonto- und Lombardpolitik der Nationalbank 43
16. Ankauf und Verkauf von Staatsobligationen . 45
17. Steuernachlass und Steuerzuschlag 49

18. Erhöhung oder Ermässigung des Schwundsatzes 51
19. Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle, Inbetriebsetzung der Notenpresse, Vermögensabgabe 52
20. Die Wirkung der Veränderung der Geldmenge auf das Preisniveau 53
21. Wechselkurs und Freigeld 54
22. Die Abschaffung des Zinses 58
23. Verstaatlichung von Grund und Boden . . . 62
24. Die bisherigen Versuche mit Freigeld 64
25. Freigeld und Goldwährung 65
26. Das Freigeld im Wirtschaftsleben 67
Literatur zur Freigeldlehre, zugleich Verzeichnis benützter Abkürzungen 73
Literatur zur Kritik der Freigeldlehre 75

Vorwort

Die sich immer mehr ausbreitende Krisis führt dazu, dass in allen Ländern Mittel und Wege gesucht werden, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Vorschläge mehren sich namentlich in der Richtung, wie von der Geldseite her die Krisis behoben werden könnte. Es ist eine alte und umstrittene Frage, inwieweit durch die Geldmenge die Volkswirtschaft und im besondern die Preisgestaltung massgebend beeinflusst werden kann.

In der Schweiz ist es der Schweizer Freiwirtschaftsbund, der durch seine Presse und durch Volksversammlungen namentlich diejenigen, die unter der Krisis zu leiden haben, glauben machen will, es läge in der Macht der Notenbanken — in der Schweiz somit in der der Nationalbank — der Krisis sofort ein Ende zu bereiten und allgemeine Wirtschaftskrisen für alle Zeiten zu verhüten[1]. Werde das Geld dem Umlaufszwang unterworfen, dann könne die Arbeit weiter fortgesetzt werden[2]. Diesen Umlaufszwang wollen die Freigeldanhänger durch die Einführung des Freigeldes, das sich von Woche zu Woche entwerten würde, erreichen. Ihr Ziel geht aber noch weiter: sie erstreben die Be-

[1]) Schwarz, Konjunkturprognose, S. 77, 78; Christen, Denkschriften, S. 15; Freiw. Z. No. 23, 1930. — [2]) Aus These 17.

Die für die Literaturhinweise benützten Abkürzungen sind in dem Literaturverzeichnis auf Seite 73 erklärt.

seitigung des Zinses und die Einführung von Freiland, d. h. die Verstaatlichung von Grund und Boden.

Die vorliegende Schrift will die von den Anhängern der Freigeldlehre vorgeschlagenen Reformen anhand ihrer eigenen Formulierungen und Thesen auf ihre Durchführbarkeit beleuchten. Sie hat den Zweck, das Freigeld im Spiegel der Wirklichkeit zu zeigen und darzutun, dass — entgegen den Behauptungen der Freiwirtschafter — die Krisis nicht von der Geldseite her behoben werden und eine dauernde Hochkonjunktur nicht mit einem so einfachen Mittel, wie das Freigeld es darstellt, herbeigeführt werden kann.

Zürich, im März 1933.

DER VERFASSER.

Kurze Erklärung einiger Ausdrücke:

Abrechnungsverkehr: Gegenseitige Verrechnung von Wechseln, Checks und andern Zahlungsanweisungen zwischen Banken mit Hilfe von besonderen Ausgleichsstellen (in der Schweiz durch die Nationalbank).

Deflation: Abbau eines übermässig angewachsenen Geld- und Kreditumlaufs, wodurch eine Preissenkung herbeigeführt werden soll.

Depositen: Geldeinlagen verschiedenster Art von Privaten und Firmen bei Banken. Depositen besonderer Art sind die Spargelder, die ausdrücklich als solche erklärt und durch die Gesetzgebung vielfach besonders geschützt werden.

Devisen: Guthaben in ausländischer Währung in Form von Sichtguthaben, Checks, Wechseln und Banknoten. Golddevisen sind solche Devisen, die auf ein Land mit einem freien Goldmarkt lauten.

Diskontogeschäft: Ankauf von Wechseln unter Abzug eines Zinses vom Tage des Ankaufs an bis zum Verfalltag des Wechsels.

Diskontopolitik: Grundsätze, nach denen das Diskontogeschäft in Rücksicht auf Geldmarkt und Zinssätze gehandhabt wird.

Diskontosatz: Zins für den beim Diskontogeschäft vorzunehmenden Abzug.

Effekten: Obligationen und Aktien.

Federal Reserve Banken: Notenbanken der Vereinigten Staaten von Amerika.

Freigeld: Das von Silvio Gesell vorgeschlagene und vom Schweizer Freiwirtschaftsbund empfohlene Währungssystem, wonach der Preisstand stabil gehalten werden soll durch ein Geld, das jede Woche einen Tausendstel seines Wertes verliert.

Giroguthaben: Guthaben der Banken und Firmen bei der Notenbank und bei der Post. Ueber diese Guthaben kann bis auf einen Mindestbetrag jederzeit verfügt werden.

Giroverkehr: Ueberweisungen, Einzahlungen und Auszahlungen auf Girokonto bei der Notenbank und bei der Post.

Goldparität: Das Wertverhältnis zweier Währungen auf Grund des Goldgehaltes der Geldeinheit.

Goldpunkte: Grenzen für die Schwankungen der Wechselkurse zwischen Goldwährungsländern. Man bezeichnet den Kurs, bei dem es vorteilhaft wird, Gold auszuführen anstatt Devisen zu kaufen, als den obern Goldpunkt (Goldexportpunkt) und den Kurs, bei dem es vorteilhafter ist, Gold einzuführen, anstatt Devisen zu verkaufen, als den untern Goldpunkt (Goldimportpunkt). So kann zum Beispiel im Ausland der Schweizerfranken sich nicht weiter entwerten als bis zu dem Punkte, wo die Ausfuhr von Gold aus unserem Lande die billigere Zahlungsregulierung ist als der Ankauf und die Ueberweisung von Devisen. Umgekehrt kann der Schweizerfranken nicht über den Punkt steigen, wo die Einfuhr von Gold in unser Land billiger ist als der Erwerb von Guthaben in Schweizerfranken.

Goldwährung: Dasjenige Währungssystem, bei dem die Geldeinheit durch eine Goldmenge ausgedrückt wird und die Banknoten in Gold oder zum Goldwerte einlösbar sind. So ist nach Art. 1 des schweizerischen Münzgesetzes vom 3. Juni 1931 die Münzeinheit der Franken zu $^{9}/_{31}$ Gramm Feingold. Art. 20 und 20bis des Nationalbankgesetzes (vom 20. Dezember 1929) verpflichten die Nationalbank zur Einlösung der von ihr ausgegebenen Noten, nach ihrer Wahl, in Goldmünzen, Goldbarren oder in Golddevisen.

Index: Verhältniszahl zum Zwecke der leichteren Uebersicht über eine Zahlenreihe. Der zur jeweiligen Vergleichung herangezogene Ausgangspunkt wird meist als 100 angenommen. Der Preisindex zeigt die Veränderung der Preise an. Der Grosshandelsindex gibt ein Bild über die Veränderungen der Grosshandelspreise. Der schweizerische Grosshandelsindex umfasst die Preise von 78 Waren bzw. von 120 Artikeln, wobei die Bedeutung der einzelnen Waren für den Volkshaushalt nach Möglichkeit, wenn auch roh, berücksichtigt ist. Dem schweizerischen Lebenskostenindex liegen die Detailpreise von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Bekleidungsartikeln zugrunde. Die Waren sind nach ihrer Bedeutung für den Familienhaushalt gewogen, und zwar auf Grund der Durchschnittsergebnisse von den in den Jahren 1912, 1920 und 1921 geführten Haushaltungsrechnungen. Im Lebenskostenindex sind auch die Mietpreise berücksichtigt.

Indexwährung: Das namentlich von den Anhängern der Freigeldlehre befürwortete Währungssystem, bei dem der Durchschnittspreis aller Waren durch geldpolitische Massnahmen stets auf gleicher Höhe gehalten werden soll.

Inflation: Einseitige Vermehrung des Geld- und Kreditumlaufs, wodurch eine Preissteigerung eintritt.

Kaufkraft des Geldes: Menge der Waren (einschliesslich Mieten, Dienstleistungen usw.), die man mit der Geldeinheit kaufen kann. Sinken die Preise, dann steigt entsprechend die Kaufkraft des Geldes und umgekehrt: steigen die Preise, dann wird die Kaufkraft des Geldes entsprechend geringer.

Konjunktur: Wirtschaftslage.

Lombardgeschäft: Kreditgewährung gegen Verpfändung von Wertpapieren und auch von Waren.

Lombardsatz: Zins für das beim Lombardgeschäft zu gewährende Darlehen.

Offene Marktpolitik (Open market policy): Ankauf und Verkauf von Obligationen, Devisen und Wechseln durch die Notenbank zur Beeinflussung des Geldmarktes.

Quantitätstheorie: Die Lehre, wonach der Durchschnittspreis sämtlicher Waren abhängig ist von dem Verhältnis zwischen der Geldmenge, vermehrt um deren Umlaufsgeschwindigkeit, und der vorhandenen Warenmenge. Die Freiwirtschafter kleiden die Quantitätstheorie in die folgende mathematische Formel:

$$\frac{G \times U}{W} = P$$

Dabei bedeuten G = Geldmenge, U = Umlaufsgeschwindigkeit, W = Angebot der Waren, P = Preisstand.

Schwundgeld: Das Freigeld wird auch Schwundgeld genannt, weil die Noten einem wöchentlichen Wertschwund unterliegen.

Staatsschuldscheine: Titel von Staatsanleihen (in der Schweiz Obligationenanleihen des Bundes, der Bundesbahnen und der Kantone).

Valuta: Wertverhältnis einer Währung zur andern. Die Bewertung kommt in den Wechsel- oder Devisenkursen zum Ausdruck. Unter Valuta wird vielfach auch die Währung eines Landes verstanden.

Währung: Das in einem Staate gesetzlich bestehende Geldsystem.

Wechselkurs: Preis in inländischem Gelde für Guthaben in ausländischer Währung.

Zahlungsbilanz: Gegenüberstellung der aus dem gesamten Güter- und Kapitalverkehr und den Dienstleistungen mit dem Auslande sich ergebenden Forderungen und Verbindlichkeiten.

Zentralbanken: Notenbanken (Banken, die das Recht zur Ausgabe von Noten haben).

1. Was der Schweizer Freiwirtschaftsbund erstrebt.

Nach dem Werbeblatt verfolgt der Schweizer Freiwirtschaftsbund folgende Ziele:

a) Die feste Währung.

«Das Geld soll in einer Menge in Umlauf ge-
«setzt werden, dass seine Kaufkraft (sein «Wert»)
«immer gleich bleibt. Anders gesehen: der Landes-
«preisstand (Index der Lebenskosten)[3]) bleibt auf
«gleicher Höhe.

«Die Folge dieser richtig geregelten Geldver-
«sorgung des Landes ist die Erleichterung des Wa-
«renabsatzes, damit die Erhöhung der Warener-
«zeugung, damit sinkende Arbeitslosigkeit, Aus-
«schaltung der allgemeinen Wirtschaftskrisen,
«folglich steigender Volkswohlstand.

«Steigender Wohlstand bedeutet immer sin-
«kenden Zinsfuss, sinkender Zinsfuss seinerseits
«steigendes Einkommen der Arbeitenden aller
«Stände und Berufe. Auf je 1 % Zinsfußsenkung
«steigen die Arbeitseinkommen um etwa 20 %.
«Drückt der steigende Wohlstand den Zins bis
«auf Null, so verdoppeln sich alle Arbeitsein-
«kommen zum mindesten.»

b) Das Freigeld.

«Ein Geld mit Umlaufszwang macht das
«Ausleihen des Geldes auch zu 0 Prozent noch ein-
«träglicher als das Zurückhalten, durch das das
«heutige Geld immer wieder Absatzstockungen,
«Arbeitseinstellungen und Hemmungen erzwungen

[3]) Hier ist somit noch vom Lebenskostenindex die Rede, während heute die Freiwirtschafter den Grosshandelsindex stabilisieren wollen.

«hat, wodurch Mangel entstand, der seinerseits «den Zins ermöglichte. Das Freigeld erzwingt «einen ungestörten Geldumlauf und macht die «Durchführung der festen Währung erst dauernd «möglich.»

c) Freiland.

«Das Land wird vom Staate zurückgekauft, «verpachtet und abbezahlt. Die Mittel hiezu liefert «ihm der sinkende Zins, den die feste Währung «bringt. Nach der Rückzahlung der Landschuld «werden die Bodenzinse zur Auszahlung an die «Kinder des Landes verfügbar. Die Frauenfrage «wird durch diese Mütterrente, welche die Mütterarbeit entlohnen wird, und durch die doppelt so hohen Arbeitserträge, die natürlich auch «den Frauen zugute kommen, in überraschender «Weise dort gelöst, wo bisher noch niemand eine «Lösung vorschlagen konnte: auf dem Gebiete der «wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Frau und Mutter.»

Der Schweizer Freiwirtschaftsbund forderte anfangs 1932:

«Die Bundesbehörden sollen in wohlerwogener «Weise öffentlich bekanntgeben, dass die Kaufkraft «des Schweizerfrankens durch eine vernünftig geregelte «Geldversorgung auf gleicher Höhe gehalten werde; es «soll damit der feste Preisstand gewährleistet werden. «Dies ist möglich und etwas anderes nicht wünschbar»[4]).

Früher forderten die Freiwirtschafter, es solle der Nationalbank unter angemessener Entschädigung das Emissionsrecht entzogen und einem Schweizer Währungsamt übertragen werden[5]). Später glaubten sie, die Nationalbank wäre in der Lage, das umlaufende Geld dem Warenangebot anzupassen[6]). Neuer-

[4]) Freiw. Z. No. 6, 1932. — [5]) Freigeldfibel, S. 13. — [6]) Schwarz, Absatzkrise, S. 12; Freiw. Z. No. 47, 1932.

dings scheinen sie allerdings ihre Ansicht wieder gewechselt zu haben. So erklärte Schwarz, Geschäftsführer des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, in einer Versammlung, der Geldumlauf könne zugestandenermassen von der Nationalbank unter der heutigen Geldverfassung nicht im Sinne der Freigeldlehre geregelt werden[7]).

2. Grundgedanken der Freiwirtschaftslehre.

Die Freigeldlehre geht von der Voraussetzung aus, dass in der Geld- und Kreditwirtschaft die Nachfrage durch die Geldmenge, vermehrt durch ihre Umlaufsgeschwindigkeit, dargestellt werde[8]). Die Marktlage sei mit der Tätigkeit einer Krämerwage zu vergleichen. In der einen Wagschale liege das umlaufende Geld, in der andern liegen die Waren. Die Marktlage werde gestört, wenn das Angebot zwischen Geldumlauf und Warenangebot verändert werde[9]). Nach Silvio Gesell, dem Vater des Freigeldes, gibt es neben dem Vorrat an Waren keine andere Nachfrage nach Geld. «Und wenn wir hier von Waren sprechen», sagt Gesell, «so dürfen wir von keiner einzigen ihrer körperlichen Eigenschaften absehen. Wir haben, wenn wir von Waren sprechen, Schinken, Bierfässer, Tabakschiffe vor Augen. Einen greifbaren, keinen nur gedachten Schinken.»[10]) Aber die Notenbank braucht nach Ansicht der Freiwirtschafter nicht zu wissen — und sie kann es auch nicht wissen — wie gross die vorhandene Warenmenge ist. Sie müsse nur das Verhältnis der Waren zum angebotenen Geld kennen, und dieses Verhältnis drücke sich im Preise aus[11]).

Die Freigeldlehre stellt dem Gelde nur die Waren gegenüber. Alles andere, wofür der Mensch in seinem Leben Geld ausgibt, wird ausser Betracht gelassen. Die

[7]) Am 16. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [8]) These 1. — [9]) Schwarz, Konjunkturprognose, S. 13. — [10]) Gesell, N. W. O., S. 171. — [11]) Protokoll, S. 36.

Aufwendungen für Mieten, Dienstleistungen, Löhne, Steuern, Fürsorge, Versicherungen und anderes mehr fallen ausser Betracht. Für eigentliche Waren geben aber Arbeiter und Angestellte nur etwa die Hälfte ihrer Einnahmen aus. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass sich der Geldverkehr nicht auf jenen der Konsumenten und Produzenten beschränkt, sondern dass gewaltige Geldbeträge dem Kapitalverkehr, dem Umsatz in Effekten, Grundstücken und Immobilien, dienen.

Die Freiwirtschafter nehmen an, dass für die Schweiz der Inlandsmarkt zwei- bis dreimal so wichtig sei als der Auslandsmarkt. Sie glauben daher, dass es besser sei, «durch den festen Inlandspreisstand den Inlandsmarkt gesund zu erhalten, statt zu versuchen, einen festen Wechselkurs mit irgend einem andern Lande innezuhalten, das sich nicht ausdrücklich auf die feste Währung verpflichtet habe»[12]). Sie geben sich zwar der Hoffnung hin, dass ein fester Preisstand im Innern gleichzeitig zu festen Wechselkursen führen werde[13]). Wir kommen darauf zurück.

Nach der Freigeldtheorie ist Geld eine Ware, und zwar eine chemisch reine Ware, der einzige Gegenstand, der uns schon als Ware nützlich ist[14]). Der Nutzen des Geldes liege ausschliesslich in seinem Gebrauch als Tauschware[15]). Infolgedessen müsse das Geld auch auf die Rangstufe der Ware erniedrigt werden[16]), d. h. es müsse ihm die Eigenschaft der Ware zufallen, nämlich die der Vergänglichkeit[17]). Mit dem Freigelde seien alle Vorzüge des Geldes, die Ueberlegenheit des Geldes über die Ware, beseitigt[18]).

In der Annahme der Freiwirtschafter, dass Geld eine Ware sei, liegt wohl ein Hauptirrtum ihrer Lehre. Geld ist in der heutigen Volkswirtschaft keine Ware; es ist Tauschmittel, Wertmesser und Zahlungsmittel. Geld ist die flüssigste Form des Kapitals; es dient der

[12]) These 27. — [13]) These 29. — [14]) Gesell, N. W. O., S. 138. — [15]) Gesell, N. W. O., S. 140. — [16]) Gesell, Ausbeutung, S. 25. — [17]) Schwarz, Einwände, S. 60. — [18]) Gesell, Ausbeutung, S. 25.

Vermögensübertragung und vermittelt den Effekten- und Kapitalverkehr. Geld in Form von Goldmünzen und Banknoten kann selbst Vermögen sein.

Das Geld soll einem gleichmässigen Schwund unterworfen werden, während die Verderblichkeit der Waren verschieden gross ist. Kirschen können weniger zurückbehalten werden als Getreide, Getreide weniger als Textilien und diese wiederum weniger als Metall und Holz. Viele Waren verderben innerhalb eines praktisch in Frage kommenden Zeitraumes ebensowenig wie das Geld, ganz abgesehen davon, dass Waren zurückbehalten werden, um einen Mehrwert zu erzielen. Dies gilt nicht nur für Weine und Teppiche, sondern auch für Getreide. Für gewisse Waren, wie z. B. Aepfel und Kartoffeln, muss im Winter und Frühjahr ein höherer Preis bezahlt werden als im Herbst, wenn die Produkte vom Felde der Produzenten in die Keller der Konsumenten übergeführt werden.

Bedeutet so die Verderblichkeit der Waren nicht unter allen Umständen eine Wertverminderung, d. h. für den Warenbesitzer eine Einbusse, so ist anderseits auch die Hortung von Geld vielfach mit Kosten verbunden, zu denen sich ausserdem der Zinsverlust gesellt.

Die Freiwirtschafter sind der Ueberzeugung, dass jede Wirtschaftskrisis — gleichgültig welches ihre Ursachen sein mögen — von der Geldseite her behoben werden könne. So wenig, wie der Steuermann sich darum zu kümmern habe, worauf die Abweichungen seines Schiffes vom richtigen Kurse zurückzuführen seien, so wenig habe sich die Nationalbank oder an ihrer Stelle das staatliche Währungsamt um die preisbestimmenden Faktoren zu kümmern[19]). Die Preise der einzelnen Waren dürfen unter Freigeld nach Belieben schwanken, wenn nur das Preisniveau stabil bleibt. Ein Kilogramm Durchschnittsware muss immer den gleichen Preis haben.

[19]) Christen, Absolute Währung, S. 62.

3. Wie die Freiwirtschafter ihr Ziel erreichen wollen.

Da es nicht in der Macht der Notenbank liegt, die Warenmenge der Geldmenge anzupassen, soll der Geldumlauf dem Warenvorrat angepasst werden. Zeigt der Preisindex Neigung zum Sinken, dann muss mehr Geld in Verkehr gesetzt werden; steigen die Preise, dann sind Zahlungsmittel aus dem Umlauf zurückzuziehen. Dazu schlagen die Freiwirtschafter folgende Mittel vor[20]):

Mittel zur Vermehrung der Geldmenge.

«a) Erklärung, dass die Preise nicht sinken dürfen;
«b) Herabsetzung des Diskont- und Lombardsatzes;
«c) Erleichterungen der Bedingungen für Leihgeld bei der Notenbank;
«d) Ankauf von Staatsschuldscheinen durch die Notenbank;
«e) Steuernachlass und sofortige Auszahlung eines entsprechenden Betrages an die Staatskasse[21]);
«f) Erhöhung des Schwundsatzes;
«g) Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung indirekter Steuern (Zölle), Ersatz des Ausfalles in der Staatskasse durch die Notenpresse.»

Mittel zur Verminderung der Geldmenge.

«a) Erklärung, dass die Preise nicht steigen dürfen;
«b) Erhöhung des Diskonto- und Lombardsatzes;
«c) Kündigung von Lombarddarlehen und Ablaufenlassen des Wechselportefeuilles;
«d) Verkauf von Staatsschuldtiteln durch die Notenbank;

[20]) Schwarz, Einwände, S. 19. — [21]) Das will also heissen, dass die Notenpresse den Steuerausfall zu decken hat.

«e) Steuerzuschläge;
«f) Herabsetzung des Schwundsatzes;
«g) Im Notfall gestaffelte Vermögensabgabe.»

Wir werden diese Mittel später im einzelnen auf ihre Tauglichkeit prüfen.

Nach der Auffassung der Freiwirtschafter streikt das Geld dann, wenn der Zins zu sehr sinkt. Das Geldangebot muss daher unter Zwang gestellt werden, genau wie das Angebot der (verderblichen und sperrigen) Waren unter Zwang steht[22]). Das Geld — in Frage stehen die Banknoten — muss sich jede Woche um ein Promille entwerten. Wer eine Hundertfrankennote zurückbehält, muss für jede Woche 10 Rappen Strafe bezahlen. Das macht also im Jahr Fr. 5.20 aus.

Die Nationalbank darf kein Geld aus dem Verkehr zurückkommen lassen, solange der Preisstand Neigung zum Sinken hat. Noten, die ihr allenfalls von Banken und Privaten zufliessen, müssen sofort wieder dem Verkehr zugeführt werden. Wenn niemand die Noten will, dann muss die Nationalbank eine Prämie bezahlen, d. h. den Zins für diese Noten unter Null senken. Die Noten seien ja billig herzustellen[23]). Man kann also unter Umständen die Noten unter ihrem Nennwert von der Ausgabestelle bekommen.

4. Warenpreis und Preisniveau.

Die Freiwirtschafter wollen nicht Einzelpreise, sondern das Preisniveau stabilisieren. Die Preise für Weizen, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Schuhe und Kohle können nach Belieben steigen und fallen; es gibt keine Vorschriften über die Höhe der Mieten und der Kleiderpreise. Die Hauptsache ist, wenn das Kilogramm Durchschnittsware immer den gleichen Wert behält, mit andern Worten, wenn das Preisniveau stabil bleibt. Aber was bedeutet denn das Preisniveau? Im

[22]) Thesen 13—15. — [23]) Freiw. Z. No. 35, 1932.

Grunde doch nichts anderes als die Zusammensetzung zahlloser Einzelpreise. Der Mensch kauft aber nicht ein Kilogramm Durchschnittsware, sondern er braucht Lebensmittel, Kleidung und Wohnung. Das Preisniveau kann überhaupt nicht stabilisiert werden ohne Beeinflussung der Einzelpreise. Ein stabiler Grosshandelsindex bietet noch lange nicht Gewähr, dass bei gleichem Einkommen die Bedürfnisse stets in gleicher Weise befriedigt werden können. Solange die Einzelpreise schwanken dürfen und auch unter Freigeld schwanken werden, wird der Konsument genötigt sein, die Befriedigung seiner Bedürfnisse den Preisverschiebungen anzupassen in gleicher Weise, wie er dies unter der geltenden Währung zu tun pflegt. Die Auffassung Gesells, dass man unter Freigeld mit einer bestimmten Geldsumme immer eine bestimmte Lebenshaltung werde bestreiten können[24]), ist nicht zutreffend, selbst dann nicht, wenn der Lebenskostenindex dem Grosshandelsindex genau folgen würde. Denn die Lebenshaltung der einzelnen Familie weicht von der im Index angenommenen ab. Der ideale Indexmensch existiert nicht. Ende Dezember 1932 betrug in der Schweiz die Indexziffer für Nahrungsmittel 120; dabei zeigten sich Schwankungen zwischen 79 (Zucker und Honig) und 145 (Eier), oder wählen wir wichtigere Lebensmittel aus: Brot und andere Getreideprodukte 97, Fleisch und Fleischwaren 144. Noch grösser ist die Spanne zwischen dem Lebenskostenindex ohne Miete (120) und dem Mietindex (187). Der Aufwand für die Wohnungsbedürfnisse ist heute verhältnismässig viel grösser als vor dem Kriege. Auch im Grosshandelsindex zeigen sich grosse Abweichungen in den berücksichtigten Warengruppen.

Ueber die Frage, ob ein stabiles Preisniveau für eine fortschreitende Volkswirtschaft überhaupt wünschbar und nicht ein Hemmschuh der Technik wäre, gehen die Meinungen auseinander. Leicht anziehende

[24]) Gesell, Reichswährungsamt, S. 43.

Preise werden als ein gewisses Animo der Wirtschaft betrachtet. Auf der andern Seite können sich Fortschritte der Technik in Preissenkungen auswirken. So bilden mitunter auch leicht fallende Preise einen gewissen Ansporn. Immerhin verkennen wir nicht die Vorteile, die ein möglichst gleichmässiges Preisniveau in sich birgt. Allein für uns ist die Hauptfrage die, ob die Stabilisierung des Preisniveaus von der Geldseite her überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Golddelegation des Völkerbundes glaubt nicht, dass jegliche Schwankung des allgemeinen Preisniveaus vermieden werden kann[25]). Weder eine Notenbank noch ein Währungsamt wird in der Lage sein, die Faktoren der Preisbildung zu beeinflussen. Gute Ernten werden in der Regel den Preis für Getreide und Obst senken, während umgekehrt Produktionsausfälle preissteigernd wirken werden. Vor allem aber ist auf die Preisbindungen durch Kartelle und Trusts hinzuweisen, an denen meist nicht nur die Produzenten, sondern auch die Gruppen des Handels interessiert sind. Diese Waren haben im allgemeinen den Höchststandpreis bewahrt und zum Teil einen nur minimalen Preisabbau erfahren. Hier liegt eine der wesentlichsten Ursachen, die das schweizerische Preisniveau, wenigstens zum Teil, versteifen[26]). Für Markenartikel werden die Verkaufspreise vorgeschrieben. Dazu kommen auf verschiedenen Gebieten lokale oder regionale Preisabreden. Ferner ist auf die Bindung in den Löhnen hinzuweisen. Die Preise werden somit durch mannigfache Gründe beeinflusst oder bestimmt.

Nun kümmern sich die Freiwirtschafter ja gar nicht um die Entwicklung und Gestaltung der Einzelpreise! Die Hauptsache bleibt ihnen, wenn das Kilogramm Durchschnittsware stets den gleichen

[25]) Rapport de la Délégation de l'or du Comité financier. Genf 1932, S. 51. — [26]) Die Volkswirtschaft, wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen, herausgegeben vom eidgen. Volkswirtschaftsdepartement, 1932, S. 483.

Wert behält. Wenn infolge einer Fehlernte der Weizenpreis und damit der Index steigt, dann müssen andere Waren im Preise, wenn das Preisniveau nicht aus seiner Gleichgewichtslage gebracht werden darf, sinken. Mit andern Worten: Wer gerade an diesen andern Waren als Produzent oder als Händler interessiert ist, soll um des unveränderten «Durchschnittniveaus» willen einen doppelten Verlust auf sich nehmen, indem er einerseits für seine Produkte weniger löst und anderseits für Waren, die er benötigt, mehr bezahlen muss. So einfach dürfte das Rätsel nicht zu lösen sein, wie beim Auf und Ab der Preise für die einzelnen Waren der Durchschnittspreis aller im Index berücksichtigten Waren unverändert bleiben kann. Die Freiwirtschafter stellen sich vor, dass die Geldseite dies erzwinge.

Wenn die Preise gewisser Produzentengruppen stark fallen, dann entstehen Partialkrisen, die zu einer allgemeinen Krisis führen können. Die Freiwirtschafter meinen zwar, dass dies unter Freigeld niemals eintreten werde. Denn das bei einer Partialkrise freiwerdende Geld werde umlaufen und die Nachfrage nach andern Waren vergrössern[27]). Wenn also Stickereien nicht mehr begehrt sind, dann muss nach Ansicht der Freiwirtschafter die Nachfrage nach andern Artikeln (vielleicht nach Uhren!) grösser werden. Oder wenn die Landwirtschaft eine Krisis erlebt, dann muss es andern Erwerbszweigen um so besser gehen! Die Freiwirtschafter geben zu, dass auch unter Freigeld Partialkrisen entstehen können und müssen[28]). So wenig sie diese vermeiden können, so wenig wird es ihnen gelingen, allgemeine Krisen zu verhüten. Wo ist übrigens die Grenze zu ziehen zwischen einer Teilkrisis und einer Gesamtkrisis?

[27]) Schwarz in einem Vortrag am 16. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [28]) Christen, Denkschriften, S. 13.

5. Der Kompass für die Regelung des Geldumlaufs.

Woran erkennt man denn, ob die Geldversorgung eines Landes richtig ist? Hören wir die Freiwirtschafter:

«Es gibt dafür heute ein absolut zuverlässiges «Mass: es ist der Index der Grosshandelspreise. «Das Geld strömt von den Notenbanken direkt «in den Grosshandel und tritt dort als Nachfrage «auf, und jedes Zuviel oder Zuwenig äussert sich «sofort in einem Steigen oder Sinken der Preise «im Grosshandel[29]).»

Die Behauptung, das Geld ströme von den Notenbanken direkt in den Grosshandel, bedeutet eine vollständige Verkennung der Tatsachen, indem der Zahlungsverkehr des Grosshandels sich meist bargeldlos abwickelt. Das Geld fliesst von der Nationalbank hauptsächlich zu den andern Banken, und nur zum kleinen Teil «strömt» es von der Notenbank direkt zum Handel. Die Freiwirtschafter übersehen, dass im Grosshandelsindex nur die Umsätze im Grosshandel, in Rohstoffen und Fabrikaten, zum Ausdruck kommen. Als ob Geld nicht auch für andere Waren, für Löhne, den Grundstück- und Liegenschaftenmarkt oder die Effektenbörse benötigt würde!

Die Freiwirtschafter wollen den Grosshandelsindex stabilisieren, der rascher feststellbar und beweglicher sei als der Kleinhandelspreisstand[30]). Der erstere sei aufs engste mit der Geldquelle der Notenbank und mit der Börse verbunden. Die Kleinhandelspreise, die den Bewegungen der Grosshandelspreise nur schwerfällig folgten und ihrer Natur nach zur Stetigkeit neigten, würden damit auch völlig gesichert sein[31]). Indem die Freiwirtschafter den Grosshandels-

[29]) Schwarz, Konjunkturprognose, S. 39. — [30]) These 10. — [31]) Christen, Währungsfrage, S. 78.

index festhalten wollen, stabilisieren sie dasjenige Preisniveau, das ein Spiegelbild der Spekulation auf dem Warenmarkte darstellt und nicht die Kleinhandelspreise, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verbrauch stehen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Geld nicht direkt, sondern auf dem Umwege über den Geld- und Kapitalmarkt auf die Preise wirkt.

Ist nun aber der Grosshandelsindex ein so unfehlbares Präzisionsinstrument, um der Notenbank Richtung und Ausmass für die Notenausgabe anzuzeigen? Dr. Lorenz, der Schöpfer des schweizerischen Grosshandelsindexes, hat diese Frage verneint. Gewiss liegt es im Bereich der Möglichkeit, die Berechnungsgrundlage zu verfeinern. Der Landwirt hat aber andere Interessen als der Industrielle, der Konsument andere als der Produzent. Ob in bezug auf die Auswahl der Artikel, die im Index Berücksichtigung finden sollen, und über die Gewichtigkeit, die den einzelnen Waren beizumessen ist, so leicht eine Lösung gefunden werden könnte, ist mehr als fraglich. Die Aufstellung eines für die Währung massgebenden und allgemein verbindlichen Indexes trägt immer ein Moment der Willkür in sich. Es kann vorkommen, dass das Preisniveau, je nach der Bedeutung der in den Index aufgenommenen Waren, für eine Klasse steigt, für andere dagegen gleichzeitig fällt. Die Interessenten würden wohl dann den Aufbau des Indexes angreifen, wenn er sich zu ihren Ungunsten auswirkte.

Silvio Gesell hat sich die Indexberechnung ziemlich einfach vorgestellt. Nach ihm werden nur die Preise der inländischen Märkte benötigt. Es handle sich um eine Arbeit, die auf der Addiermaschine nur Minuten brauche, sobald die Unterlagen eingelaufen seien. Man könne den Index im Tage mehrere Male berechnen. Es dürfte aber vollauf genügen, wenn der Index dem Noteninstitut wöchentlich einmal angezeigt

werde[32]). Während nach Silvio Gesell die Ermittlung der Warenpreise Sache des Bürgers sein soll[33]), will Schwarz diese Aufgabe der Notenbank selbst überbinden. Diese habe jeden Morgen den Index zu berechnen, damit sie dann wisse, wie sie sich an diesem Tage zu verhalten habe[34]).

Es scheint, dass die Freiwirtschafter noch nie einen Index berechnet haben. Die Ermittlung der Preise von 120 Artikeln ist eine an und für sich nicht so einfache Sache, besonders deshalb nicht, weil für die wenigsten Artikel eine Börsennotiz vorliegt. Die Berechnung des Indexes selbst erfordert mindestens einen vollen Tag. Nach Christen ist die Hauptsache, dass einmal ein Index aufgestellt werde, der rechnerisch richtig sei. Der Grad der Genauigkeit in der Erfassung des Durchschnittspreisstandes komme für den Währungszweck durchaus erst in zweiter Linie[35]). Auch Gesell ist sich bewusst, dass man auf unbedingte Genauigkeit verzichten muss; denn erstens liessen sich Warenpreise durch Mittelspersonen, und besonders auf amtlichem Wege, überhaupt nicht genau ermitteln und zweitens sei die Ermittlung der vergleichsmässigen Bedeutung der verschiedenen Waren eine verwickelte Sache[36]).

Solange ein Index nur als Gradmesser der Konjunktur benützt wird, wobei es mehr auf die Bewegungsrichtung als auf das Ausmass der Schwankungen ankommt, spielt die Genauigkeit gewiss nur eine untergeordnete Rolle. Sobald ihm aber praktische Bedeutung zukommt, dann wird er Gegenstand lebhafter Interessenkämpfe werden. Diese Beobachtung kann gerade heute gemacht werden. Der Lebenskostenindex wird in Zweifel gezogen, sobald er als Wegleitung für die Festsetzung, bzw. Herabsetzung der Löhne dient. Nach Ansicht der Freiwirtschafter soll

[32]) Gesell, Ausbeutung, S. 39. — [33]) Gesell, N. W. O., S. 161. — [34]) Protokoll, S. 36. — [35]) Christen, Währungsfrage, S. 78. — [36]) Gesell, N. W. O., S. 159.

der Preisindex als Wegweiser für die Notenausgabe dienen, nicht aber als Grundlage für die Berechnung der Löhne[37]). Auf der einen Seite darf also der Index künftig die Grundlage für die Währung und für die gesamte Kreditwirtschaft bilden; auf der andern Seite ist er heute als Maßstab für die wirklichen Veränderungen der Lebenskosten nicht verwendbar.

Die Freiwirtschafter behaupten, die Festigung des Grosshandelsindexes festige dann auch den Kleinhandelspreisstand[38]). Seien die Grosshandelspreise nur einigermassen fest, dann seien es die Kleinhandelspreise ganz[39]).

Lassen wir die Zahlen sprechen. Es betrugen in der Schweiz

im Jahresdurchschnitt	1928	1929	1930	1931	1932
der Grosshandelsindex	145	141	126	110	96
der Lebenskostenindex	161	161	158	150	138
somit der Abstand	16	20	32	40	42

Während die Lebenskosten von 1927 bis gegen Ende 1930 nur wenig schwankten, ist der Grosshandelsindex schon anfangs 1930 ins Rutschen gekommen. Die Kleinhandelspreise sind dem Sturz der Grosshandelspreise nur gemächlich gefolgt. Die Spanne ist immer grösser geworden. Es ist aber nicht selten, dass die beiden Kurven überhaupt in verschiedener Richtung verlaufen. Das Auseinanderklaffen der beiden Kurven ist nicht nur in der Schweiz feststellbar. Wenn auch der Grosshandelsindex stabil bleibt, so ist dies keine Gewähr dafür, dass die Spanne sich nicht verändert und damit der Lebenskostenindex gefestigt wäre.

[37]) Schwarz in einem Vortrag am 9. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [38]) These 10. — [39]) Schwarz, Einwände, S. 21.

6. Auf welcher Höhe soll das Preisniveau stabilisiert werden?

Die Ansichten darüber, ob die heutigen Preise zu hoch oder zu tief seien, gehen auseinander. Während die eine Richtung dahin geht, die Preise und Lebenskosten seien im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie zu senken, wünscht die Landwirtschaft höhere Produktenpreise. Die Golddelegation hält dafür, dass eine Stabilisierung der Preise auf dem gegenwärtigen Niveau die Verschuldung in vielen Fällen zu einer Last gestalte, welche die Kräfte des Schuldners übersteige. Eine Erhöhung der Preise würde die Bezahlung der festen Lasten wesentlich erleichtern[40]). In Amerika verlangte ein Gesetzesentwurf (die Goldsborough Bill), dass der Wert des Dollars, am Niveau der Grosshandelspreise gemessen, auf dem durchschnittlichen Stande der Jahre 1921/29 stabilisiert werde. Es dürfte in der Schweiz sicherlich nicht leicht fallen, eine Einigung darüber zu erzielen, auf welchem Niveau die Preisstabilisierung vorgenommen werden sollte.

Nach der Ansicht der Freiwirtschafter soll der Grosshandelsindex solange steigen dürfen, bis auch der Kleinhandelsindex ins Steigen geraten wolle[41]). Der Lebenskostenindex steht Ende 1932 mit 134 Punkten 42 Punkte über dem Grosshandelsindex; eine gewisse Angleichung ist durch eine weitere Senkung der Lebenskosten vorauszusehen. Soll aber diese zum Stillstand kommen, dann muss der Grosshandelsindex zunächst in die Höhe getrieben werden. Die Freiwirtschafter selbst rechnen mit einer erforderlichen Steigerung um etwa 30 Punkte[42]). Der Grosshandelsindex müsste also wieder auf den Stand von Mitte 1930 gebracht werden (die gesamte Senkung vom Beginn des Preiszerfalles an beträgt etwa 50

[40]) Rapport 1932, S. 49. — [41]) Freiw. Z. No. 6, 1932. — [42]) Freiw. Z. No. 6, 1932.

Punkte). Die Steigerung des Preisniveaus durch die Notenbank müsste nach dem Rezept der Freiwirtschafter durch die zwangsweise Inverkehrsetzung von Geld erzielt werden. Das wäre aber Inflation reinsten Wassers! Dabei behaupten die Freiwirtschafter immer wieder, Gegner jeglicher Inflation zu sein[43]). Ob es gelänge, die Steigerung der Grosshandelspreise beim gewünschten Punkte zum Stillstand zu bringen, kann wohl mit Recht bezweifelt werden.

7. Das Hauptübel: Die Trägheit des Geldes.

«Sinkt der Zins unter 3 % (bei gleichbleibendem «Preisstand), so wird das Geld zurückbehalten und er«zeugt damit Absatzstockung, Arbeitslosigkeit und Wa«renvernichtung», heisst es in These 13 der Freigeldlehre. Die Freiwirtschafter sagen, es komme nicht nur auf die Höhe der von der Notenbank ausgegebenen Notenbeträge, auf den Notenstand an, sondern auch auf die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Die Ursache der heutigen Krise sei nicht der Geldmangel, sondern der Geldstreik. Die Freiwirtschafter verkennen, dass das Brachliegen des Geldes nicht Ursache, sondern Folge der Krisis ist.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu messen. Im allgemeinen wird dabei auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr abgestellt, in der Annahme, dass dieser in seiner Bewegung in Uebereinstimmung mit dem Bargeldverkehr sei. Die bei der Nationalbank auf Girokonto einbezahlten Beträge sind durchschnittlich auf den betreffenden Rechnungen belassen worden:

	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Tage	0,81	0,75	0,84	1,54	4,65	18,52

[43]) Christen wollte zwar, dass das zirkulierende Geld einer stetigen Inflation unterliege, die einer Erhöhung des allgemeinen Preisstandes von möglichst genau 5,2 % jährlich entsprechen soll (Geldwesen, 1920, S. 89).

Diese Zahlen geben den Freigeldanhängern scheinbar recht, wenn sie von einer Verlangsamung des Geldumlaufs sprechen. Erinnern wir aber daran, dass der durchschnittliche Girogelderbestand von 85 Millionen in den Jahren 1927—1929, auf 168 Millionen im Jahre 1930, auf 483 Millionen im Jahre 1931 und auf 1075 Millionen im Jahre 1932 stieg. Die starke Vermehrung der Girogelder ist auf die Liquidierung schweizerischer Guthaben im Auslande und den Zufluss ausländischer Gelder in die Schweiz zurückzuführen. Würde irgend ein Land aus irgendwelchem Grunde den Schweizerischen Bundesbahnen 100 000 Eisenbahnwagen zur Verfügung stellen und so den Wagenpark der Schweiz wesentlich vergrössern, so betrachtete man es als selbstverständlich, dass bei gleichbleibendem oder gar bei abnehmendem Verkehr der einzelne Wagen länger im Depot ruhen würde als sonst. Werden aber die Girogelder, weil sie infolge ihrer ausserordentlichen Steigerung keine Verwendung finden, länger als gewöhnlich bei der Notenbank belassen, dann redet man von einem Geldstreik.

Wir können wohl die Geschwindigkeit eines Autos messen — dazu haben wir zuverlässige Apparate —, wir können aber nicht feststellen, wie oft die Noten durchschnittlich in einem gewissen Zeitraum die Hand wechseln. Auf keinen Fall handelt es sich bei der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes um eine rechnerisch feststellbare Grösse. Die von den Freiwirtschaftern genannten Zahlen sind Phantasieprodukte. Schwarz gab übrigens kürzlich selbst zu, dass die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sehr schwer feststellbar sei[44]).

[44]) In einem Vortrag am 9. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich.

8. Das Universalmittel: Der Umlaufszwang des Geldes.

Die Freiwirtschafter hören die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass durch eine regelmässige Abstempelung der Noten und durch eine damit verbundene Abgabe von etwa $^1/_2$ % monatlich das Geld in ständigem Umlauf gehalten und das Gleichgewicht zwischen Geld- und Warenverkehr hergestellt werden könnte[45]). Eine Hundertfrankennote, die ein Jahr lang dem Verkehr entzogen wird, verliert fünf Franken an Wert, jede Woche zehn Rappen. «Wie ein hungriger Löwe umgeht, suchend, wen er verschlinge, so stürzt sich das Freigeld rücksichtslos auf die Ware, und die Ware ist Arbeit»[46]). «Man kauft einen Winterrock schon bei 30° im Schatten, wenn man gerade Geld hat»[47]). Dabei ist nach Christen die Entwertung des Geldes um 5 % für die meisten Leute eine lächerlich kleine Summe[48]). Auch nach Ansicht einer Anzahl Lehrer in Zürich ist der Schwund von 5 % für die Beamten ein erträgliches Opfer[49]). Einerseits wird also der Schwundverlust für lächerlich klein gehalten, anderseits glaubt man, dass er Wunder wirke! Von einem eigentlichen Umlaufs z w a n g des Geldes kann kaum gesprochen werden. Der Arbeiter und Angestellte wird ja ohnehin sein Einkommen zum weitaus grössten Teil, ohne «Schwundgeld», zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse aufwenden müssen. Ein Geldstreik kommt bei diesen auch nach Ansicht der Freiwirtschafter nicht in Frage[50]). Die Kapitalisten werden auch nicht Waren kaufen, die sie nicht benötigen und sie werden ihr Geld nicht in Unternehmen stecken, wo der Verlust unter Umständen weit mehr als 5 % betragen könnte, sondern vorziehen, Staatsschuldscheine zu kaufen, die sie ja jederzeit wieder zum Nominalwert absetzen können.

[45]) Freiw. Z. No. 10, 1932. — [46]) Gesell, N. W. O., S. 288. — [47]) Gesell, N. W. O., S. 271. — [48]) Christen, Währungsfrage, S. 60. — [49]) Freiw. Z. No. 5, 1933. — [50]) Schwarz, Absatzkrise, S. 15.

Unter Umständen aber wird man auch mit dem Kauf von Wertpapieren an der Börse zuwarten und den Schwundverlust auf sich nehmen, wenn man mit sinkenden Kursen rechnet. Unter Freigeld dürfen auch die Warenpreise schwanken. Infolgedessen wird der Getreidehändler, wenn er mit sinkenden Weizenpreisen rechnet, das Geld doch zurückbehalten bzw. bei seiner Bank liegen lassen.

Die Freiwirtschafter meinen, der Umlaufszwang des Geldes werde zu einer vermehrten Produktion führen. Preissenkungen seien dabei nicht zu befürchten; denn solange es Wälder gebe, aus denen man Papier machen könne, könne diese Vermehrung der Produktion immer wieder durch eine Vermehrung des Geldes ausgeglichen werden[51]). Wir werden später zeigen, dass einer der Hauptirrtümer der Freigeldlehre in ihrer Annahme besteht, es könnten nach Belieben Noten in den Verkehr gepresst und auch wieder aus dem Verkehr herausgezogen werden.

Aber angenommen, die 5 % Verlust im Jahre hätten die von den Freiwirtschaftern erwartete Wirkung, indem das aus den Schubladen und Strümpfen fliessende Geld, soweit es in Waren umgewandelt wird, eine Preissteigerung auslöste, so wäre diese Wirkung nur einmalig und vorübergehend. Die weitere Nachfrage nach Waren wäre in der Hauptsache vom Einkommen aus Arbeit und Kapital, nicht aber vom Geldumlauf abhängig.

Im übrigen soll nach Ansicht der Freiwirtschafter der Umlaufszwang zu einer Beschleunigung des Geldumlaufs und damit zu einem geringeren Geldbedarf führen[52]). Wenn aber die Geldmenge entsprechend der grösseren Umlaufsgeschwindigkeit abnimmt, dann bleibt sich das Verhältnis gleich, und es tritt nicht einmal die oben erwähnte einmalige Wirkung ein.

[51]) Diskussion Egger/Schwarz, S. 61. — [52]) Freiw. Z. No. 4, 1933.

9. Wer trägt den Verlust?

Es unterliegt keinem Zweifel, dass grundsätzlich jedermann danach trachten würde, den Geldschwund nach Möglichkeit auf seine Mitmenschen abzuwälzen. Jeder würde seinen Kassenbestand so niedrig als möglich halten. Da ist zunächst der Lohnempfänger, der den Rat Silvio Gesells befolgen und sich zu Hause eine Vorratskammer anlegen würde[53]) — soweit sein Geld dazu ausreicht. Die Fabrikanten und Händler würden vorsichtshalber den Schwund in die Warenpreise einkalkulieren und damit den Verbraucher belasten. Das ist auch die Meinung der Freiwirtschafter selbst. So bemerkt Christen, dass für grössere Geschäfte dieser Kursverlust unter die laufenden Spesen verrechnet werden müsste[54]). Der Schwund bildet daher nichts anderes als eine indirekte Steuer, die den wirtschaftlich Schwächeren am stärksten treffen würde.

Der Sparer und der Geschäftsmann würden die verfügbaren Mittel der Sparkasse oder Bank überbringen. Sollen nun diese den Schwundverlust tragen? Zweifelsohne werden auch die Banken den Verlust nach Möglichkeit vermeiden wollen und die Noten dem Währungsamt — namentlich an den Tagen vor der Abstempelung — überbringen. Aber nach der Freigeldlehre sollen die Banken das Geld, das ihnen vielfach nur für Tage und Wochen anvertraut wird, nicht an die Ausgabestelle der Noten, sondern an die Kreditsuchenden weiterleiten. Die Freiwirtschafter denken nicht daran, dass die Bank, die Kredit gewährt, selbst Kredit in Anspruch nimmt. Sie muss damit rechnen, dass diese Depositen jederzeit oder jedenfalls innert kurzer Frist abgehoben werden können. Die Bank darf also bei ihrer Kreditgewährung das Problem ihrer Zahlungsfähigkeit nie aus dem Auge verlieren. Sie muss auch nach wie vor dem Gleichgewicht der Fälligkeiten

[53]) Gesell, N. W. O., S. 271. — [54]) Christen, Währungsfrage, S. 60.

Beachtung schenken. Wenn schon das Geld keinen Zins mehr abwerfen soll, dann soll der Gläubiger doch damit rechnen können, dass er auf Verlangen über sein Guthaben wieder verfügen kann. Befolgen aber die Banken den Rat der Freiwirtschafter und geben die ihnen anvertrauten Gelder, um dem Schwundverlust zu entgehen, sofort an Kreditsuchende weiter, ohne einen grösseren Kassenbestand zu halten, dann setzen sie sich der Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aus. Es würden bald mehr Banken ihre Schalter für Abhebungen geschlossen als offen haben.

10. Die Freigeldnote.

Die Freigeldnote hat auf der Rückseite 52 Felder. Jede Woche muss, wie in einem Rabattbüchlein, ein Feld mit einer Marke überklebt werden. In der neuesten Auflage der Schrift von Christen über das Geldwesen ist auf einmal von Noten die Rede, die nur monatlich beklebt werden müssten[55]). Die Freiwirtschafter machen gewisse Wandlungen durch! Nach Silvio Gesell wird das Freigeld in Zetteln von 1, 5, 10, 50, 100 und 1000 Mark ausgegeben[56]). Auch in der Schweiz würden nach dem Vorschlage des Freiwirtschaftsbundes alle Münzen von 1 Franken und höheren Nennwerten verschwinden und durch Papiergeld ersetzt[57]). An Stelle unserer sauberen Silbermünzen hätten wir schmutziges Papiergeld. Aber auch unsere Kupfer- und Nickelmünzen verschwinden. An ihre Stelle treten die gut gummierten Freigeldmarken! Die Freiwirtschafter wollen allerdings nicht die ganze Reform von heut auf morgen durchführen. Das Münzgeld in Stücken bis auf 2 Franken soll beibehalten werden, bis die Erfahrung über deren endgültige Beibehaltung oder Abschaffung entscheidet[58]). Damit von diesem Kleingelde nicht zu viel gehamstert werde, soll der Staat das Recht be-

[55]) Christen, Geldwesen, S. 80. — [56]) Gesell, N. W. O., S. 246. [57]) Freigeldfibel, S. 19. — [58]) Diskussionspunkte, S. 14. —

kommen, sie von einem Tag zum andern nur noch mit Abzug entgegenzunehmen[59]).

Man stelle sich einmal vor, wie sauber und appetitlich so eine beklebte Freigeldnote, die ja beständig die Hand wechseln soll, schon nach kurzer Zeit aussehen würde. Bei der Herstellung der Banknoten wird auf die Sicherung gegen Fälschung grösstes Gewicht gelegt. Beim Freigeld wären nicht nur die Noten grösserer Fälschungsgefahr ausgesetzt, auch die Klebemarken könnten wohl mit Leichtigkeit nachgemacht werden. Die Freiwirtschafter sind sich, zum Teil wenigstens, der Nachteile des Klebesystems bewusst. Es wurden daher auch andere «Entwertungsmöglichkeiten» vorgeschlagen. Aber alle Systeme tragen Unzukömmlichkeiten in sich.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit Freigeld viel zeitraubender wäre als mit unsern heutigen Banknoten und Münzen. Man vergegenwärtige sich einmal den Verkehr an gewissen Reisetagen an den Schaltern der Bundesbahnen oder zu Stosszeiten in den Schalterhallen der Post oder in der Weihnachtszeit in jedem grösseren Geschäfte. In allen Ländern ist man in den letzten Jahren dazu übergegangen, die während des Krieges eingeführten kleinen Noten wieder durch Münzen zu ersetzen. Erfahrungsgemäss unterliegen die kleinen Notenabschnitte einer raschen Abnützung. Mit Münzen wickelt sich der Zahlungsverkehr viel rascher ab als mit kleinen Noten. Wenn der Kassier oder die Kassiererin noch prüfen muss, ob die Note auf der Rückseite richtig beklebt ist, ob keine Marke fehlt, dann kann man sich ihre Freude am Freigeld lebhaft vorstellen.

In der letzten Woche des Jahres, also in einer Zeit, wo der Zahlungsverkehr immer rege ist, müssten die alten vollgeklebten oder gestempelten Freigeld-

[59]) Schwarz in einem Vortrag am 23. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich.

noten gegen neue umgetauscht werden. Welche Arbeit und welche Störungen der Notenumtausch alljährlich mit sich bringen würde, lässt sich gar nicht ausdenken. Im neuen Jahr, vom 15. oder vielleicht vom 31. Januar hinweg, hätten die alten Noten keinen Wert mehr[60]). Das gehamsterte Geld könnte nur noch dem Lumpensammler zum Papierpreis übergeben werden. Von den Kosten der Notenerneuerung wollen wir dabei nicht reden, weil ja diese durch den Schwund mehr als gedeckt werden!

Das Freigeld ist uneinlösbares Staatsgeld, also Papiergeld. Nach Artikel 39 der Bundesverfassung kann eine Rechtsverbindlichkeit für die Annahme von Banknoten nicht ausgesprochen werden, ausser bei Notlagen in Kriegszeiten. Das Nationalbankgesetz schreibt ausdrücklich vor, wie die Nationalbank die von ihr ausgegebenen Noten einzulösen hat.

Die Noten können aber nur eingelöst werden, wenn eine Deckung vorhanden ist. Heute sind die Noten der Nationalbank zu über 100 % durch Gold gedeckt. Dank dieser Golddeckung hat der Schweizerfranken Goldwert, und deshalb kann die Schweiz mit ihrer Währung Rohstoffe und Lebensmittel im Ausland ohne Aufgeld bezahlen. Der innere Wert unserer Banknoten stützt sich letzten Endes eben doch auf die Einlösung in Goldwerten. Solange die Notenbank für die Noten die Deckung bereit hält, spielt die Einlösung der Noten praktisch keine Rolle. Wird aber einer Währung der sichere Boden entzogen, dann kommt und wächst das Misstrauen rascher als man denkt. Das Geld wird ein Objekt der Spekulation. Im Falle einer Vertrauenskrisis brauchte es wohl kaum eines Schwundes, um das Freigeld auf raschestem Wege zur Ausgabestelle zurückzuleiten. Auf jeden Fall würde versucht, die Freigeldnoten gegen Waren umzutauschen, was nicht ohne Folgen für die Preisgestaltung bliebe.

[60]) Huber, S. 28.

Muster einer Freigeldnote

100	Serie 2 H. Nr. 042781	100

Schweizer Freigeld

Diese Banknote ist vom Inhaber an den angegebenen Tagen zu vervollständigen. Sie gilt dann an allen Bundeskassen, vor Gericht und im Verkehr

Ein Hundert Franken.

Das Eidg. Währungsamt.

Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	7. Sept. 10 Rp.	5. Okt. 10 Rp.	2. Nov. 10 Rp.	7. Dez. 10 Rp.
Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	10. Aug. 10 Rp.	14. Sept. 10 Rp.	12. Okt. 10 Rp.	9. Nov. 10 Rp.	14. Dez. 10 Rp.
Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	17. Aug. 10 Rp.	21. Sept. 10 Rp.	19. Okt. 10 Rp.	16. Nov. 10 Rp.	21. Dez. 10 Rp.
Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	Frei-geld 10 Ct.	24. Aug. 10 Rp.	28. Sept. 10 Rp.	26. Okt. 10 Rp.	23. Nov. 10 Rp.	28. Dez. 10 Rp.
—	—	Frei-geld 10 Ct.	—	—	Frei-geld 10 Ct.	—	31. Aug. 10 Rp.	—	—	30. Nov. 10 Rp.	—

Eidg. Währungsamt – Bern

Das Freigeld ist durch keine besondere Deckung gesichert. Die Ausgabestelle hat nichts, weder Gold noch Waren, als Deckung, sondern nur einen Index als Wegweiser. Die Freigeldnote hätte daher keine internationale Geltung. Im Gegensatz zur Nationalbanknote könnte eine schweizerische Freigeldnote nicht für Zahlungen im Ausland Verwendung finden.

11. Der bargeldlose Zahlungsverkehr.

Schon in der heutigen Wirtschaft wird ein grosser Teil der Zahlungen bargeldlos ausgeführt. Der Notenumlauf erreicht gegenwärtig rund 1½ Milliarden. Die gleiche Note dient aber nicht nur einmaliger, sondern mehrmaliger Zahlung, bevor sie an die Notenbank zurückfliesst. Es wäre wohl ein zweckloses Unterfangen, schätzen zu wollen, wie gross der eigentliche Notenumsatz in einem Jahre ist. Wir besitzen hingegen zahlenmässige Angaben über den bargeldlosen Verkehr.

	1931	1932
	in Milliarden Franken	
Giroverkehr der Nationalbank (Verrechnungen, Platz- und Fernübertragungen einseitig)	41	23
Abrechnungsverkehr bei der Nationalbank (durch Kompensation ausgeglichen)	7	3
Postgiroverkehr (einseitig)	10	10
Zusammen	58	36

Wenn wir die Zahlen addieren, so sind wir uns wohl bewusst, dass Doppelzählungen das Total etwas zu hoch erscheinen lassen. Auf der andern Seite darf aber nicht vergessen werden, dass bei den Banken ohne statistische Erfassung grosse Summen bargeldlos umgesetzt werden. Die Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht aller Banken in der Schweiz beliefen sich Ende 1931 auf 2½ Milliarden Franken. Der Geschäftsführer des Schweizer Freiwirtschaftsbundes hat anlässlich der eidgenössischen Währungskonferenz im

Jahre 1923 selbst zugeben müssen, dass das Geld nur einen kleinen Teil der Nachfrage darstelle[61]). Nach Irving Fisher werden in den Vereinigten Staaten 95 % der Geschäfte nicht durch Bargeld getätigt.

Die Freigeldanhänger sagen, der bargeldlose Verkehr verdanke sein Dasein nur der Umlaufsträgheit des heutigen Geldes[62]). Dies trifft in keiner Weise zu. In Babylonien war der bargeldlose Zahlungsverkehr schon im dritten Jahrtausend vor Christi entwickelt. Die Nachteile des Bargeldverkehrs liessen dann im Mittelalter das Streben nach bargeldloser Uebertragung namentlich als Schutzmittel gegen die immer wiederkehrenden Münzverschlechterungen erneut aufkommen. Es sind ganz andere Gründe (Bequemlichkeit, erhöhte Sicherheit, Kostenermässigung, Zinsgewinn u.a.m.), denen die bargeldlosen Zahlungsmethoden ihre Entwicklung verdanken. In der Schweiz waren die bargeldlosen Umsätze dann am grössten, wenn auch infolge guter Konjunktur (1928 und 1929) der Bargeldverkehr lebhaft war. Die Freiwirtschafter glauben, dass unter dem Freigeld kein Bedürfnis nach bargeldlosen Zahlungen mehr vorhanden sei; infolgedessen werde unter der Herrschaft des Freigeldes der Check- und Wechselverkehr auf einen unbedeutenden Rest zusammenschrumpfen[63]). Auch hier dürfte gerade das Gegenteil eintreten. Freigeldnoten und Klebemarken würden sich kaum besonderer Beliebtheit erfreuen, und vor dem Schwunde würde sich der Noteninhaber auf sein Girokonto bei der Bank oder Post flüchten. Wären die bargeldlosen Uebertragungen nicht praktisch, so hätten die Umsätze im Postcheckverkehr, im Abrechnungsverkehr und im Giroverkehr niemals eine so gewaltige Ausdehnung nehmen können.

Nach der Freigeldlehre werden Wechsel und Checks dem Schwundverlust ebenfalls unterworfen.

[61]) Protokoll, S. 23. — [62]) Schwarz, Einwände, S. 24. — [63]) Freigeldfibel, S. 21.

Schon Gesell wollte durch Einführung, Erhöhung, Ermässigung oder Beseitigung des Wechselstempels den Wechselverkehr einschränken oder verstärken[64]). Dieses sogenannte bargeldlose Geld sei in Wirklichkeit so gut Bargeld wie die Noten der Notenbank[65]). Auch der Schweizer Freiwirtschaftsbund will Wechsel und Checks dem Schwunde unterwerfen[66]). Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass Wechsel und vor allem Checks vor Eintritt des Schwundverlustes zur Bank gebracht und in Guthaben bei Banken umgewandelt würden.

Die Frage, ob auch die Depositen dem Schwunde unterworfen werden sollten, wird von den Freiwirtschaftern nicht eindeutig beantwortet. Gesell bezeichnet es als Unsinn, dass das Geld auch im Sparkassenbuch den Umlaufsverlust mitmache. Wer der Sparkasse 100 Mark borge, könne von ihr auch wieder die Rückerstattung von 100 Mark fordern[67]). Diese Auffassung haben bis jetzt auch die Freigeldanhänger in der Schweiz vertreten. Die Spareinlagen sollen keine Entwertung erfahren[68]). Ferner erklärte Schwarz in der Diskussion mit Dr. Egger am 21. Januar 1932, dass nur das bare Geld abgestempelt werden müsse[69]). Ein Jahr später aber betrachtet es Schwarz als eine Selbstverständlichkeit, dass auch die Postcheck- und Bankguthaben dem Schwunde unterliegen. Gerade diese bildeten die grosse Gefahr[70]). Die Schwenkung ist nicht ganz bedeutungslos.

Die Freiwirtschafter wollen also auch die Depositen, soweit sie die Grundlagen bargeldloser Uebertra-

[64]) Gesell, Reichswährungsamt, S. 45. An einem Ort sagt hingegen Gesell, dass Wechsel alle Tage und ohne Verlust wieder in Bargeld umgesetzt werden können (N. W. O., S. 295). — [65]) Gesell, N. W. O., S. 206. — [66]) Schwarz, im «Berner Tagblatt» vom 4. November 1932. — [67]) Gesell, N. W. O., S. 278. — [68]) These 16. — [69]) Diskussion Egger/Schwarz, S. 59. — [70]) Vortrag Schwarz am 16. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. In den «Diskussionspunkten» (S. 13) heisst es, dass der Umlaufszwang nur auf dem Tauschmittel, nicht aber auf dem festangelegten Geld laste.

gungen bilden, besteuern! Das ist übrigens gegeben; denn blieben die Depositen von dem Schwunde unberührt, dann würde die Steuer auf dem Barverkehr durch gegenseitigen buchmässigen Schuldausgleich umgangen. Die Noten würden den Banken und von diesen der Notenbank übergeben. Der bargeldlose Zahlungsverkehr würde — im Gegensatz zur Auffassung der Freiwirtschafter — einen mächtigen Aufschwung nehmen. Nach der Bankstatistik (Ende 1931) kommen folgende Bankguthaben für den bargeldlosen Zahlungsverkehr in erster Linie in Betracht: Bankenkreditoren 706 Millionen, Checkrechnungen und Kreditoren (auf Sicht und auf Zeit) 3963 Millionen. Würden nur diese beiden Arten von Guthaben mit dem Schwunde belegt, so ergäbe dies bei 5 % eine Summe von 235 Millionen im Jahr. Nun ist es aber doch ganz klar, dass man nicht nur eine Sorte von Guthaben bei den Banken mit dem Schwunde bestrafen kann. Sonst würde sich ganz einfach der Zahlungsverkehr über Depositen- und Sparheft abwickeln. Die Sparkasseneinlagen, Depositen- und Einlagehefte belaufen sich aber auf über 5,7 Milliarden. Wiederum unter der Annahme eines Schwundverlustes von 5 % würden die Guthaben auf diesen Rechnungen eine Verminderung um 285 Millionen erfahren, statt einer Zinsgutschrift von 190 Millionen. Schliesslich sind auch noch die Kassaobligationen in der Höhe von 6 Milliarden zu erwähnen, die ebenfalls dem Schwunde unterworfen werden müssten, da diese sonst für grössere Zahlungen an die Stelle von Bargeld treten würden.

Unter Freigeld hätten die Hunderttausende von kleinen Sparern, die Kinder, die Dienstmädchen, die Arbeiter, die Beamten am Silvester das Vergnügen, zu sehen, wie ihr Sparbatzen statt wie bisher einen kleinen Zuwachs einen Abstrich erfährt; sie werden gebüsst, weil sie gespart und das Geld nicht verbraucht haben. Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie dieser Abzug zugunsten des Freigeldsystems den Sparwillen

förderte; denn so viel Einsicht werden auch die Freiwirtschafter haben, um zu erkennen, dass nicht die Banken den Schwund übernehmen würden. Sonst müssten diese ihre «Provisionen» bei der Kreditgewährung erklecklich höher ansetzen als die heutigen Zinsen. Entweder hätte also der Einleger oder dann der Schuldner, einschliesslich des Hypothekarschuldners, den Schaden zu tragen.

Die Berechnung des Schwundverlustes auf den Depositen wäre nicht leicht. Die Freigeldanhänger fänden wohl die einfachste Lösung darin, dass am Stichtag, d. h. über Nacht, der Schwund von sämtlichen Depositen in Abzug gebracht und dem Staat gutgeschrieben würde. Gesell hat gemeint, dass der Schwundsatz des Bargeldes sich automatisch auf die Geldforderungen übertragen würde, da ja die Banken genötigt seien, stets einen gewissen Vorrat an barem Gelde in ihren Kassen bereitzuhalten und sie die Schwundkosten, die ihnen aus dieser Notwendigkeit erwachsen, auf ihre Deponenten übertragen würden[71]. So viel ist sicher, dass die Banken den Schwundverlust nicht tragen können und daher entweder die Einleger oder die Schuldner und vielleicht beide das Opfer bringen müssten.

12. Die Mittel zur Stabilisierung des Preisniveaus.

Wir haben bereits die Mittel erwähnt, die die Freiwirtschafter zur Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufs vorschlagen. Bevor wir sie im einzelnen auf ihre Tauglichkeit prüfen, wollen wir zunächst untersuchen, ob die Nationalbank schon beim heutigen Geldsystem Preisschwankungen vermeiden könnte, so wie die Freigeldanhänger es glauben machen wollen. Die Notenausgabe ist immer ein Geschäft, dem ein Gegengeschäft gegenübersteht. Die Diskontopolitik muss sich nach dem Bedürfnis des Verkehrs richten. Die

[71]) Nach Langelütke, Tauschbank, S. 129.

Wechsel können nur auf Grund der gesetzlichen und der weitern Vorschriften der Bank entgegengenommen werden. Heute verfügen die Banken über annähernd eine Milliarde Girogelder; sie haben selbst an den grossen Zahlungsterminen den Notenbankkredit nicht notwendig. Der Wechselbestand der Nationalbank beläuft sich auf knappe 14 Millionen. Diese beiden Zahlen bilden den deutlichsten Beweis dafür, dass die Banken — im gesamten betrachtet — heute kein Bedürfnis nach Geld haben.

Es genügt eben nicht, dass das Emissionsinstitut bereit ist, die Kreditbedingungen zu erleichtern. Voraussetzung ist das Vorhandensein einer Nachfrage nach Kredit und die Bereitwilligkeit der Banken zur Kreditausweitung. Im weitern müssen die Unternehmer von den Krediterleichterungen auch Gebrauch machen wollen. Heute haben aber die Industrien wenig Geld- und Kapitalbedarf. Verschiedene Unternehmen haben fällig gewordene Anleihen nicht mehr konvertiert, sondern dem Markte zurückbezahlt, weil sie für das Geld keine Verwendung fanden. Der Mangel an Absatz hat Fabriken zur Entlassung von Arbeitern, aber auch zur Ablieferung des beschäftigungslos gewordenen Kassenbestandes an die Banken genötigt. Auch der Staat braucht nicht immer Geld. Meist verfügt der Bund über beträchtliche Mittel bei der Nationalbank.

Es ist nicht die Notenbank, die die Notenausgabe bestimmt, sondern das Geldbedürfnis der Wirtschaft im weitesten Sinne. Solange die Absatzmöglichkeit im Auslande fehlt, ist es zweck- und sinnlos, Geld in Unternehmen der Uhren- und Maschinenindustrie, der Stickerei- und der Seidenindustrie zu stecken. Eine Umstellung der Industrie ist aber, wie die Erfahrung lehrt, nicht so leicht möglich. Der Absatz ins Ausland ist mannigfachen Hemmungen unterworfen. Eine Produktion ohne Absatz aber hat keinen Sinn. Auch bei einem stabilen Grosshandelsindex hätten unsere Wirt-

schaftsführer noch keine Garantie, dass ihre Produkte im Preise konstant blieben und überhaupt Abnehmer fänden. Im übrigen braucht der Unternehmer nicht nur kurzfristige Mittel; für Immobilisationen ist die Lage des Kapitalmarktes ausschlaggebend. Die Banken und hinter ihnen die Notenbank können vielleicht bis zu einem gewissen Grade die Rolle einer «Bremse» spielen, weniger gut aber die Rolle eines «Motors».

Dass eine Notenbank nicht immer nach Belieben im Sinne der Freiwirtschafter Zahlungsmittel in Verkehr pressen kann, zeigt das Beispiel in den Vereinigten Staaten, wo die seit Mitte 1931 befolgte Politik der Krediterleichterungen in erster Linie eine Abtragung der Verpflichtungen gegenüber den Federal Reserve Banken und eine grosse Reserveanhäufung, insbesondere in New York, herbeiführte. Die Geschäftswelt zeigte auch dort wenig Geneigtheit, Kredite zu nehmen oder zu gewähren, die niemand braucht und niemand zweckmässig verwenden kann. Man hatte in Amerika in den Jahren der Hochkonjunktur (1925 bis 1929) die Preisindices stabil halten wollen, ohne zu berücksichtigen, dass sie wegen der Produktionsverbilligung vieler Waren sinken mussten. Auch in England haben sich die Depositen bei den Banken im Jahre 1932 stark vermehrt, indem die durch Käufe von Gold und Devisen dem Publikum in die Hand gegebenen Barmittel aus mangelndem Vertrauen in die Wirtschaftsaussichten zu einem beträchtlichen Teil nicht investiert worden sind. Der Einfluss der Notenbanken auf den Umfang des Kreditvolumens ist beschränkt. Es kommt in bezug auf die Wirksamkeit auf das Preisniveau nicht aufs Gleiche heraus, ob man einer im Aufschwung oder einer im Niedergang befindlichen Volkswirtschaft mehr Geld zuführen will.

13. Die Erklärung, dass die Preise weder sinken noch steigen dürfen.

Die Freiwirtschafter verlangen:

«Die Bundesbehörden sollen in wohl erwoge-
«ner Weise öffentlich bekanntgeben, dass die
«Kaufkraft des Schweizerfrankens durch eine ver-
«nünftig geregelte Geldversorgung auf gleicher
«Höhe gehalten werde: es soll damit der feste
«Preisstand gewährleistet werden. Dies ist mög-
«lich und etwas anderes nicht wünschbar[72]).»

Die Freiwirtschafter glauben also, dass diese Erklärung an und für sich schon genügen dürfte, um weitere Preisschwankungen zu verhindern. Eine Erklärung darf nur der abgeben, der auch die Mittel und die Kraft besitzt, sein Versprechen unter allen Umständen einzulösen. Als die Nationalbank im Jahre 1925 erklärte, den Schweizerfranken künftig auf der Goldparität zu halten, hatte sie auch die Mittel — Gold und Devisen —, um dieser Erklärung Nachachtung zu verschaffen. Sie hat aber nicht die Macht, den Grosshandelsindex stabil zu halten; infolgedessen darf und kann sie eine solche Erklärung nicht abgeben. Sie wäre auch zwecklos!

14. Die Veränderung der offiziellen Sätze.

Während das Währungsamt von Silvio Gesell keine Bankgeschäfte betreibt und keine Wechsel kauft und verkauft[73]), erachtet es Dr. Christen als einen Akt der Klugheit, wenn das Währungsamt auch über ein Wechselportefeuille verfüge und so durch die Veränderungen des Diskontosatzes einen weitern Einfluss auf die Menge des umlaufenden Geldes gewinne[74]).

[72]) Freiw. Z. No. 6, 1932. — [73]) Gesell, N. W. O., S. 248. — [74]) Christen, Absolute Währung, 1920, S. 63.

Es braucht kaum vieler Zahlen, um zu beweisen, dass in gewissen Zeiten der Diskontosatz nur mehr einen beschränkten Einfluss auf die Einreichung von Wechseln hat. Es betrug

im Jahresdurchschnitt	1929	1930	1931	1932
der Diskontosatz in %	3.50	2.89	2.03	2.00
das Inlandportefeuille in Millionen Franken	134	48	41	14

Am 22. Januar 1931 hat die Nationalbank ihren Diskontosatz auf 2 % herabgesetzt. Damals belief sich das Inlandportefeuille auf 35 Millionen. Trotz der Beibehaltung dieser tiefen Rate ist das Wechselportefeuille bis Ende 1932 auf 14 Millionen zusammengeschrumpft. Eine Ermässigung des offiziellen Satzes bis auf 1 % und selbst darunter hätte kaum einer stärkeren Beanspruchung der Notenbank gerufen. Im übrigen sind auch die Freiwirtschafter der Meinung, dass die Diskontoschraube ausser Wirksamkeit trete, wenn der Zinssatz ohnehin tief sei[75]).

15. Die Diskonto- und Lombardpolitik der Nationalbank.

Wenn die Erklärung, dass die Preise weder sinken noch steigen dürfen, nicht die von ihr erwartete Wirkung zeitigt und auch die Veränderungen des Diskont- und des Lombardsatzes die Schwankungen des Grosshandelsindexes nicht zu bannen vermögen, dann sollen als drittes Mittel zur Vermehrung des Geldumlaufs die Bedingungen für Leihgeld bei der Notenbank erleichtert werden. Eine Geldverminderung könne erreicht werden durch Kündigung von Lombarddarlehen und Ablaufenlassen des Wechselporte-

[75]) Schwarz, Konjunkturprognose, S. 57; ferner Bernoulli, Freiw. Z. No. 44, 1932.

feuilles[76]). Die Erfahrung lehrt aber, dass es nur in beschränktem Masse möglich ist, durch das Mittel der Diskontopolitik den Zahlungsmittelumlauf zu beeinflussen. Die Kreditpolitik kann sich immer nur in dem vom Gesetzgeber vorgezeichneten Rahmen bewegen. Nach der Ansicht der Freigeldanhänger braucht man sich über die Verwendung des Geldes kein Gewissen zu machen, sobald die Kaufkraft des Geldes die gleiche bleibt[77]).

Praktisch ist aber zu bemerken, dass die Nationalbank, obwohl sie ihre Diskontobedingungen in den letzten Jahren in keiner Weise verschärft hat, immer weniger im Diskontogeschäft in Anspruch genommen wurde. Wie schon während der Krisis 1920/21, so hat die Nationalbank auch jetzt wieder jeden bankfähigen Warenwechsel diskontiert, der ihr vorgelegt wurde. Bernoulli gibt zu, dass in Krisenzeiten, wie wir sie heute durchleben, die sonst wirksamen Mittel der Diskontopolitik versagen werden. Es müsse das Mittel des Umlaufszwangs angewendet werden[78]).

Die Krediteinschränkungen stellen sich die Freiwirtschafter ziemlich einfach vor. Wenn die Preise gegenüber dem Vortag ein Anziehen zeigen, «so wird noch zu gleicher Stunde die weitere Notenausgabe eingestellt, und es werden keine Lombardvorschüsse mehr gewährt»[79]). Die Wechsel seien in der Regel auf drei Monate fällig, und dann kämen die Noten zurück. Behalte man diese eingelaufenen Gelder und gebe sie nicht mehr heraus, so seien die Noten eingezogen[80]).

Eingereichte Wechsel werden nicht mehr diskontiert. Es bleibt also nur der Schalter für die Einzahlungen offen; der Schalter für Auszahlungen bleibt geschlossen. Das Mittel ist in der Tat einfach. Nur darf man nicht vergessen, dass alsdann auch für die dringendsten und berechtigsten Bedürfnisse kein Geld zu

[76]) Schwarz, Einwände, S. 20. — [77]) Protokoll, S. 18. — [78]) Bernoulli, Freiw. Z. No. 44, 1932. — [79]) Schwarz, Einwände, S. 20. — [80]) Protokoll, S. 24.

bekommen ist und die Girogelder bei der Notenbank nicht abgehoben werden können. Dann gibt es auch keine Zahltagsgelder. Die Arbeiter industrieller Unternehmungen und die Beamten und Angestellten des Bundes und der Bundesbahnen müssen mit dem Zahltag zuwarten, bis der Grosshandelsindex wieder sinkende Richtung einschlägt! Ebenso bekommt der Kaufmann und Unternehmer erst dann Kredit bzw. Geld, wenn der Schalter für Auszahlungen wieder geöffnet werden darf. Bei steigenden Preisen ist es unter Freigeld nicht leicht, Geld zu bekommen. Die Einführung des Freigeldes, dessen Ausgabe sich lediglich nur nach dem Index richtete, würde die Geschäftskreise von einer Zahlungskrisis in die andere stürzen.

Bei sinkenden Preisen wird die Notenbank den bedrängten Verkäufern weitgehende Lombardvorschüsse gewähren und gleichzeitig die Ausgabe von Geld erleichtern[81]).

Die Diskontopolitik kann kaum wirksam in den Dienst der Stabilisierung des Preisniveaus gestellt werden. Die Kreditkontrolle vermag nur innerhalb enger Grenzen zu arbeiten. Sie wird aber ganz besonders in Zeiten der Depression problematisch. Es fehlt weder an Geld noch an Kapital, sondern an Unternehmern, die Kredit suchen.

16. Ankauf und Verkauf von Staatsobligationen.

Versagt auch das Mittel der Diskontopolitik, so soll, nach dem Rezept der Freiwirtschafter, die Notenbank zur Hauptwaffe greifen, nämlich zum An- und Verkauf von Staatsobligationen. Der Schweizer Freiwirtschaftsbund fordert:

«Die Nationalbank soll sofort Bundesobligationen erhalten, die sie zu günstigen Bedingungen «zu verkaufen hat, damit das möglicherweise im

[81]) Schwarz, Einwände, S. 20.

«Uebermass in Umlauf kommende Geld auf diese «Weise der Ausgabestelle wieder zugeführt und «eine möglicherweise einsetzende Inflation abge- «stoppt werde[82])».

Mit dem Verkauf von Bundesobligationen soll eine Steigerung der Preise vermieden werden. Umgekehrt müsste die Nationalbank Bundesobligationen kaufen, wenn die Preise Tendenz zum Sinken zeigten.

Diese sogenannte offene Marktpolitik (open market policy) ist nichts Neues. Um auf eine Verringerung der flüssigen Mittel des Marktes hinzuwirken, haben Zentralbanken schon vor dem Kriege Wechsel oder Wertpapiere dem Markte verkauft, und während des Krieges und in der Nachkriegszeit ist auch die Nationalbank gelegentlich zu diesem Mittel geschritten. Der Zweck dieser Massnahme war aber stets nur eine Verstärkung der Diskonto- und Valutapolitik. In neuester Zeit suchten die Federal Reserve Banken der Vereinigten Staaten durch grosse Käufe von Staatsanleihen Geld frei zu machen für Anlagen in Handel und Industrie, jedoch ohne Erfolg. Mitte Februar 1933 besassen die Federal Reserve Banken für 1,8 Milliarden Dollars solche Staatstitel. Es besteht so die Gefahr, dass dann, wenn die Wirtschaft in Gang kommt, die Banken ihre Bestände an Regierungssicherheiten (Staatspapieren) liquidieren wollen. Das wird aber nicht nur den Markt dieser Effekten verschlechtern, sondern auch den Federal Reserve Banken es erschweren, ihre eigenen Bestände zu veräussern.

Welche Wirkungen hätte die von den Anhängern der Freigeldtheorie geforderte «offene Markt-Politik» in der Schweiz? Wir setzen dabei voraus, dass der Bund der Nationalbank eine grössere Reserve an Bundestiteln zur Verfügung stellte. Ob die Nationalbank überhaupt Obligationen kaufen oder verkaufen

[82]) Freiw. Z. No. 6, 1932.

kann, hängt natürlich von dem Preise ab, den sie dafür zahlt oder fordert.

Sinkt der Grosshandelsindex, dann kauft die Nationalbank Obligationen, um so dem Markte Geld zuzuführen. Der Ankauf von Obligationen hat aber nur dann einen Zweck, wenn das Geld in Umlauf kommt. So wenig es aber den Federal Reserve Banken gelang, Geld auf diesem Wege der Wirtschaft zuzuführen, so wenig dürfte die Schweizerische Nationalbank damit Erfolg haben. Denn es fehlt gegenwärtig in der Schweiz nicht an Geld, sondern am Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft. Die Banken, die annähernd eine Milliarde Girogelder bei der Notenbank zinslos liegen haben, werden kein Interesse zeigen, diese Gelder weiter zu vermehren. In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse werden die schweizerischen Banken überhaupt vorziehen, die verzinslichen Staatsobligationen in ihrem Wertschriftenportefeuille zu behalten anstatt sie der Notenbank zu verkaufen. Handel und Industrie können heute schon ihre Bundesobligationen — sofern sie solche besitzen — bei der Notenbank belehnen lassen. Wer seine Ersparnisse aufzehren will, der hat ebenfalls Gelegenheit, die Wertpapiere zu veräussern. Der Private wird seine Obligationen nur verkaufen, wenn dabei ein Gewinn für ihn herausschaut oder wenn er das Geld einer andern Anlage zuführen will. Nur in den selteneren Fällen wird der Private den Erlös aus dem Verkauf von Obligationen verbrauchen, d. h. in den Konsum überführen. Der Unternehmer wird den Kredit nur benützen, wenn er Aussicht hat, sein Produkt später im Inland oder im Ausland abzusetzen. Dies hängt aber nicht allein von der künftigen Preisgestaltung im Inland ab, sondern ebenso sehr oder vielleicht noch mehr von der Handelspolitik und der Zahlungsfähigkeit des Auslandes. Eine Vermehrung der Geldmittel allein bringt aber nicht ohne weiteres Aufträge aus dem Ausland herein. Dagegen dürfte die Rückwirkung auf den Staatskredit und auf

die Währung nicht ausbleiben. Das Geld würde zum geringsten Teil in die Hände von solchen wandern, die Güter kaufen, sondern zu den Banken und schliesslich wieder zur Notenbank zurückströmen.

Nehmen wir den umgekehrten Fall an. Sollte der Grosshandelsindex plötzlich Neigung zum Steigen zeigen, so müsste die Nationalbank Bundesobligationen verkaufen. Steigende Preise wären aber das Anzeichen einer bessern Konjunktur. Den Konjunkturanstieg schon in seinem Anfangsstadium abbremsen zu wollen, wäre sicherlich an und für sich ein Fehler. Die Frage ist aber die, ob die Nationalbank überhaupt die Möglichkeit besässe, Obligationen zu verkaufen, oder besser gesagt, ob der Markt diese Obligationen aufnähme. Kommt die Konjunktur in Schwung, dann werden Geldmittel benötigt, und der Unternehmer wird nicht Lust zeigen, fest verzinsliche Obligationen zu kaufen, sondern er wird im Gegenteil solche zu verkaufen oder zu belehnen trachten.

In der Regel dürfte der Markt das Geld dann nicht benötigen, wenn die Notenbank ihm durch Kauf von Obligationen Geld zuführen will und umgekehrt dürfte der Markt dann Geldmittel suchen, wenn die Notenbank durch Verkauf von Obligationen die Mittel des Marktes verringern will. Aber selbst, wenn es der Nationalbank gelänge, Obligationen zu kaufen, so käme das Geld in erster Linie den Besitzern von Staatsanleihen zu. Doch wesentlich ist dabei nicht, wer das Geld bekommt, sondern was mit dem Gelde angefangen wird. Gesell hat recht, wenn er schreibt, dass der Inhaber des neuen Geldes danach trachten wird, das Geld und den von seinem Besitz untrennbaren Verlust auf andere abzuwälzen[83]). Das Einfachste ist der Kauf von Waren. Dann würde wohl am ehesten die von den Freigeldanhängern erwartete Wirkung eintreten. Die Regel wird aber wohl die sein, dass das in Geld um-

[83]) Gesell, N. W. O., S. 255.

gewandelte Kapital wieder eine feste Anlage sucht. Gesell meint, dass die Sparer und Kapitalisten das Geld ausleihen müssen, ob ihnen die Bedingungen der Verleihung zusagen oder nicht. Sie stünden unter einem Zwang[84]).

Gewiss wird das bare «Freigeld» nur dann gehortet, wenn der sichere Schwundverlust durch einen in Aussicht stehenden oder einen erhofften Gewinn mehr als ausgeglichen wird. Wer verkauft aber, des festen Preisstandes willen, seine Staatspapiere der Nationalbank, wenn dabei nicht irgend ein Vorteil für ihn herausschaut? Gesell dürfte sich gründlich getäuscht haben, wenn er meint, der Sparer und Kapitalist werde sein Geld dem erstbesten Kreditsuchenden anvertrauen. Beim Schwunde von etwa 5 % geht es annähernd 20 Jahre, bis das Geld vollständig aufgezehrt ist (unter der Voraussetzung, dass die Noten jedes Jahr gegen neue umgetauscht werden). Wird aber das Geld in ein gewagtes Unternehmen gesteckt, so kann es schon innert Wochen und Monaten vollständig verloren sein. Wenn die Banken den Schwundverlust nicht abwälzen können, dann werden sie ganz einfach die Annahme von Spargeldern und Depositen verweigern.

17. Steuernachlass und Steuerzuschlag.

Bleibt auch die «open market policy» ohne Erfolg, dann sollen die Zahlungsmittel durch Steuernachlass vermehrt oder durch Steuerzuschläge vermindert werden. Silvio Gesell stellt sich die Sache wie folgt vor:

> «Um die Geldausgabe zu vergrössern, über-
> «gibt das Reichswährungsamt dem Finanzminister
> «neues Geld, der es durch einen entsprechenden
> «Abschlag von allen Steuern verausgabt. Betragen
> «die einzuziehenden Steuern 1000 Millionen, und

[84]) Gesell, N. W. O., S. 256.

«sind 100 Millionen neues Geld in Umlauf zu set-
«zen, so wird von allen Steuerzetteln ein Abzug
«von 10 % gemacht.

«Das ist eine einfache Sache, aber noch ein-
«facher wird die Verminderung des Geldumlaufs
«sein. Denn da die Gesamtmenge des Geldes durch
«den Umlaufsverlust um 5 % jährlich abnimmt,
«so braucht man, um den Geldbestand zu ver-
«mindern, überhaupt nichts zu tun. Der etwaige
«Ueberschuss verbraucht sich selbsttätig. Genügt
«das aber nicht, so kann durch Steuerzuschlag
«nachgeholfen werden»[85]).

Nach diesem Vorschlag hätte der Steuerpflichtige allerlei Ueberraschungen zu gewärtigen. Er wüsste wohl, dass die Notenbank das Bestreben hat, den Grosshandelsindex stabil zu halten, aber nicht, was des Staates ist. Will der Steuerpflichtige seine Schuld dem Staate gegenüber in einem Zeitpunkt erfüllen, wo der Geldumlauf verkleinert werden muss, dann kann er erfahren, dass der auf dem Steuerzettel angegebene Betrag aus währungspolitischen Gründen eine Erhöhung erfahren hat. Freudiger wird für den Steuerzahler die Ueberraschung sein, wenn die Staatskasse ihm 10 % seines Betreffnisses schenkt, weil mehr Geld in Umlauf gebracht werden muss. Natürlich darf die geschenkte Summe nicht gespart werden, sonst ist der Zweck der Uebung dahin.

Wie aber würden sich die Verhältnisse auf die Staatsfinanzen auswirken? Die Aufstellung eines Budgets wäre direkt verunmöglicht. Die kantonalen Finanzdirektionen wüssten wohl, was sie an Löhnen und Gehältern auszuzahlen hätten, nicht aber, auf welche Steuereinnahmen sie zählen könnten. Als Rettungsanker hätten sie ja allerdings die Notenpresse im Hintergrunde[86]). Die Notenbank müsste also für den Steuerausfall aufkommen, ohne dass sie auf eine spätere Be-

[85]) Gesell, N. W. O., S. 250. — [86]) Schwarz, Einwände, S. 19.

zahlung der Schuld rechnen könnte. Im Jahre 1930 betrugen die Steuereinnahmen aller Kantone zusammen 310 Millionen, wovon 221 Millionen auf direkte Steuern entfallen. Ein Zu- oder Abschlag von 10 % würde wohl sämtliche Staatsrechnungen stören, dabei aber kaum einen Einfluss auf das Preisniveau ausüben. Ferner ist zu bemerken, dass sich der wirkliche Ertrag der Steuern gar nicht zum vornherein berechnen lässt; er hängt von zahlreichen Faktoren ab.

18. Erhöhung oder Ermässigung des Schwundsatzes.

Der Schwundsatz beträgt normalerweise 5,2 % jährlich vom Nominalwert. Neuestens ist auch von 6 %, monatlich ½ %, die Rede[87]). Soll der Geldumlauf in seiner Höhe unverändert bleiben, so muss die Geldabnahme infolge des Schwundes wieder durch neues Geld ersetzt werden. Das bedeutet für den Staat eine regelmässige Einnahme[88]). Für den Betrag des Schwundes kann man gegen Wechsel, Lombard oder Ankauf von Obligationen neues Geld in Verkehr bringen. Im übrigen aber dürfen oder müssen vielmehr nur die zur Notenbank zurückfliessenden Noten wieder in Verkehr gebracht werden. Will man aber das Geld vermindern, so hält man auch das für die Schwundmarken einbezahlte Geld zurück[89]).

Die Freiwirtschafter rechnen aber auch mit der Möglichkeit, dass der Schwundsatz von 5 % neben allen andern Mitteln zur Verminderung oder zur Erhöhung des Geldumlaufs nicht genüge. In diesem Falle wird einfach der Prozentsatz der Geldentwertung gesenkt oder gesteigert[90]).

[87]) Christen, Geldwesen, S. 80. — [88]) Gesell, N. W. O., S. 247. — [89]) Freiw. Z. No. 36, 1932. — [90]) Schwarz, Einwände, S. 20.

19. Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle, Inbetriebsetzung der Notenpresse, Vermögensabgabe.

Als letztes Mittel zur Geldvermehrung soll die Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung der indirekten Steuern (Zölle) dienen. Der Ausfall an Steuern und Zöllen in der Staatskasse soll durch die Notenpresse gedeckt werden[91]). Nach Schwarz muss man dabei allerdings aufpassen, dass nicht zuviel Geld in Verkehr kommt[92]). Wohin das führen kann, wenn das Budget des Staatshaushaltes mit Hilfe der Notenpresse ausgeglichen wird, das haben wir im Auslande in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zur Genüge gesehen. Vor diesem Experiment kann nicht eindringlich und ernst genug gewarnt werden. Werden die Zölle vorübergehend ermässigt oder beseitigt, so greift eine solche Massnahme auch in das Gebiet der Handelspolitik über. Man denke an den Schutz der Landwirtschaft und gewisser Industrien durch das Mittel der Zollpolitik.

Als radikalstes Mittel zur Geldverminderung schlagen die Freigeldanhänger die Vermögensabgabe vor. Wir wollen nicht bezweifeln, dass eine Vermögensabgabe imstande wäre, den Geldumlauf herabzusetzen. Unter Freigeld wäre jedoch der Anteil des Bargeldes am gesamten Volksvermögen bedeutend kleiner als heute. Die im Ausland mit der Vermögensabgabe gemachten Erfahrungen sprechen nicht dafür, ein solches Experiment zu wagen. Die im Jahre 1922 erfolgte Abstimmung über die Initiative betreffend die Vermögensabgabe dürfte die Einstellung des Schweizervolkes zu diesem Radikalmittel der Freiwirtschafter am besten dartun.

[91]) Schwarz, Einwände, S. 20. — [92]) Schwarz, Absatzkrise, S. 16.

20. Die Wirkung der Veränderung der Geldmenge auf das Preisniveau.

Nehmen wir an, es gelänge, einen einwandfreien Grosshandelsindex aufzustellen und es zeigte sich nun in irgend einem Zeitpunkt eine Abweichung nach oben oder nach unten. Welche Dosis von Noten müsste nun dem Verkehr entzogen oder übergeben werden? Auf diese Frage sind die Freiwirtschafter bis jetzt die Antwort schuldig geblieben. Sie glauben wohl, das werde dann die Praxis lehren!

Auf dem Schiffe lässt sich die Wirkung einer Drehung des Steuerrades sofort erkennen und aus der Zielrichtung das Mass der Drehung bestimmen. Ob dies wohl auch bei einer Verminderung oder Vermehrung der Zahlungsmittel zuträfe? Silvio Gesell glaubt, dass das Freigeld ein empfindlicher Gaul sei. Noch am gleichen Tage, wo die Geldmenge vermehrt oder vermindert werde, nehme man auch schon die Wirkung auf dem Markte wahr[93]). Es sei technisch möglich, die Geldmenge den Bewegungen des Indexes mit der nötigen Schnelligkeit entgegenwirken zu lassen, so dass das Problem gelöst sei, wie man den Index mittels aktiver Währungspolitik auf den einen Punkt festnageln könne, und zwar unter allen Umständen, auch im Kriege[94]). Das Freigeld werde nur für den unmittelbaren Warenkauf gesucht. Die Notenbank könne das von ihr auszugebende Geld nur unter Personen bringen, die unmittelbaren Bedarf an Waren hätten, die also das erhaltene Geld auf den Markt bringen. So sei es vollkommen sicher, dass, wenn die Notenbank am Morgen Geld ausgebe, um die Preise zu heben, dieser Einfluss sich am Abend bereits fühlbar gemacht haben werde[95]). Schwarz meint, man könnte ja den Index stündlich berechnen und die Geldmenge somit zu jeder Stunde den Veränderungen des Preisniveaus

[93]) Gesell, N. W. O., S. 254. — [94]) Gesell, Ausbeutung, S. 39. — [95]) Gesell, Ausbeutung, S. 38.

anpassen, oder besser gesagt, das Preisniveau zu jeder Stunde durch die Notenmenge korrigieren[96]). Beim heutigen Geld gehe es etwa drei Monate, bis eine starke Vermehrung des Geldumlaufes in den Preisen sich auswirke. Das Freigeld aber unterliege andern Regeln. Eine Geldvermehrung wirke sich sofort aus, da man das Geld nur nehme, um es weiter zu geben[97]). Es erübrigt sich wohl, auf diesen kindlichen Optimismus näher einzutreten. Wahrscheinlich würde die Wirkung der veränderten Geldmenge auf das Preisniveau, wenn überhaupt, erst dann eintreten, wenn schon längst wieder andere preisbestimmende Faktoren am Werke wären. Es wäre unmöglich, praktisch festzustellen, welcher Prozentsatz von Noten ausgegeben oder eingezogen werden soll, wenn die Preise um einen bestimmten Prozentsatz sinken oder steigen. Da auch andere Einflüsse in der Zwischenzeit sich geltend machen, so kann man nicht ersehen, ob die Dosis zu gross oder zu klein war. Die Notenbank könnte also nicht aus der Praxis die richtige Dosis erkennen. So würde das «Währungsschiff» schwanken, als ob es von einem betrunkenen Steuermanne geführt würde.

21. Wechselkurs und Freigeld.

Die Frage, ob die Festigung des Preisstandes national durchführbar wäre, wird von den Freigeldanhängern bejaht[98]). Sie geben zwar ohne weiteres zu, dass wir dann den Wechselkurs fahren lassen müssten. So bemerkte Schwarz in der Diskussion mit Dr. Egger, dass wir solange nicht festen Inlandspreisstand und festen Wechselkurs haben können, wenn und solange das Ausland bald Inflation, bald Deflation mache. Wir sollten uns in der Schweiz auf eigene Füsse stellen. Unser Inlandsverbrauch sei dreimal grösser als der Export, und so hätten wir dreimal mehr die Pflicht, den

[96]) Schwarz, Einwände, S. 20. — [97]) Schwarz in seinem Vortrage vom 16. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [98]) These 18.

Inlandspreisstand zu stabilisieren und nicht den Wechselkurs irgend eines Landes, von dem wir nicht wüssten, was es künftig treiben werde[99]). Im «Landschäftler» schrieb Schwarz: «Entsprechend dem Sinken des Preisstandes im Ausland aber hätten wir auch planmässig den Franken sinken lassen müssen. Das Ausland hätte uns darin unterstützt, indem es die Neigung gehabt hätte, seine Schweizerfranken (die gehamsterten) abzustossen und den Kurs noch tiefer zu drücken, als er dem Preisstand nach hätte gesenkt werden müssen. Es wäre aber ein Leichtes gewesen, den Franken auf dem Stande zu stabilisieren, auf dem es richtig gewesen wäre»[100]). Und im «Bund» stehen folgende Sätze von Schwarz: «Die Festigung des Preisstandes ist national durchführbar. Das zeigte die Preisbewegung von jeher. Der Wechselkurs auf das Ausland gleicht die Verschiebungen des Preisstandes aus: der Franken steigt in solchen Ländern, die Preissteigerung machen, und er sinkt in Ländern, die den Preisstand senken. Länder mit gleicher Preisstandentwicklung dagegen haben unter sich einen festen Wechselkurs, der nur vorübergehend durch gehäufte Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren oder durch Anleihen beeinflusst wird»[101]).

In der Freigeldfibel heisst es, dass natürlich zwischen einem Lande, das die absolute Währung habe, und den Goldwährungsländern der Wechselkurs nicht fest sein könne. Das bringe für den Import und Export gewisse Schwierigkeiten. Dem Nachteil stünden aber grosse Vorteile gegenüber[102]). Auch Silvio Gesell findet in Anbetracht der grossen Bedeutung des Aussenhandels die Herbeiführung fester Wechselkurse durch eine zwischenstaatliche Verständigung erstrebenswert[103]). Ebenso geben die Freiwirtschafter zu, dass der Handel

[99]) Diskussion Egger/Schwarz, S. 64 u. 65. — [100]) «Landschäftler» No. 271 vom 17. November 1932. — [101]) «Bund» No. 224 vom 17. Mai 1932; s. ferner These 19. — [102]) Freigeldfibel, S. 29. — [103]) Gesell, N. W. O., S. 247.

mit dem Ausland in hohem Masse erschwert werde, wenn der Wechselkurs zu starken Schwankungen ausgesetzt sei. Die Kaufleute möchten wissen, wieviel sie für eine Ware bezahlen müssen, auch wenn der Zahlungstermin zwei oder drei Monate später sei. Die Nationalbank soll daher das Gold zur Regulierung des Wechselkurses behalten[104]). Auch nach den «Diskussionspunkten» hat die Geldversorgung darüber zu wachen, dass der Wechselkurs auf das Ausland möglichst bald gefestigt werde, so weit dies von uns aus möglich sei[105]).

Die Bedeutung fester Wechselkurse für die Schweiz geht am besten aus den Zahlen unseres Aussenhandels hervor, der in den Jahren 1928 und 1929 annähernd je 5 Milliarden, im Jahre 1932 $2^1/_2$ Milliarden Franken erreichte. Der Geldverkehr der Schweiz mit dem Auslande beschränkt sich aber nicht nur auf die Bezahlung der Warenimporte und -exporte. Wir begnügen uns mit einem Hinweis auf den Kapitalverkehr unserer Banken mit dem Auslande und auf den Fremdenverkehr. Welche Nachteile schwankende Wechselkurse mit sich bringen, zeigten zur Genüge die Verhältnisse in den Kriegs- und Nachkriegsjahren und nun erneut wieder seit der im Jahre 1931 erfolgten Abkehr verschiedener Länder von der Goldwährung. Sobald die Wechselkurse nicht mehr an die Goldpunkte gebunden sind, haben Exporthandel und Industrie den sichern Boden für die Kalkulation verloren.

Die Devisenkurse einer vom Golde losgelösten Währung sind nicht lediglich von der innern Kaufkraft der betreffenden Währung bestimmt, sondern vielmehr von der optimistischen oder pessimistischen Beurteilung, welche der Staatskredit und die Wirtschaft eines Landes im Ausland erfährt. Mit andern Worten, die Valuta wird zum Gegenstand der Spekulation, sobald sie nicht mehr an das Gold gebunden ist.

[104]) Freiw. Z. No. 34, 1932. — [105]) Diskussionspunkte, S. 16.

Die Freiwirtschafter stellen sich allerdings die Valutaregulierung einfach vor. Nach Ansicht von Schwarz müssen wir dem Ausland einfach erklären, auf welcher Höhe wir den Schweizerfranken stabilisieren wollen. Er rechnet zwar auch mit der Möglichkeit, dass dabei das Gold noch gute Dienste leisten könnte[106])! Wenn nun nach der Stabilisierung der Preisstand im Auslande sinken sollte, dann müssten wir nach Schwarz das ausländische Geld, das wertvoller geworden ist, auch besser bezahlen und daher erklären, von einem gewissen Zeitpunkt an stabilisierten wir den Schweizerfranken auf einer andern Höhe. Unter Freigeld müsse der Wechselkurs wechseln, das liege schon im Sinne des Wortes[107])! Bei den Freiwirtschaftern spielt die «Erklärung» eine nicht bedeutungslose Rolle. Leider ist es aber hier mit blossen Worten nicht getan. Wir haben Beispiele genug, um zu zeigen, welche Goldbewegungen das Misstrauen in eine Währung auslösen kann. Wir verweisen nur auf die gewaltigen Goldverluste, die England im Jahre 1931 und Amerika anfangs 1933 erlitten. Aber auch die Schweizerische Nationalbank konnte schon mehrfach erfahren, dass es sofort grosser Goldbeträge bedarf, um den Wechselkurs zu halten, wenn der Schweizerfranken in Diskussion gezogen wird.

Die Einführung des Freigeldes stösst auf um so mehr Schwierigkeiten, je enger ein Land mit dem internationalen Handel verflochten ist. Ein Land, das wie die Schweiz mitten im Getriebe der Weltwirtschaft steht, könnte niemals für sich allein das Freigeld einführen. Der Gesetzgeber könnte schliesslich alle schweizerischen Verpflichtungen in Indexfranken festlegen oder umwandeln, nicht aber die Verpflichtungen dem Auslande gegenüber. Die Folge würde die sein, dass

[106]) Schwarz in seinem Vortrag vom 23. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. Siehe auch Diskussionspunkte, S. 13. — [107]) Schwarz in seinem Vortrag vom 23. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich.

einerseits unsere Schweizerbanken und Industriellen die Guthaben der Ausländer in fremden Valuten zur Goldparität zurückzahlen müssten, anderseits aber die Ausländer ihre Verpflichtungen der Schweiz gegenüber in entwerteten Schweizerfranken abtragen könnten. Man stelle sich vor, in welche Lage die schweizerischen Banken kommen würden und welche Rückwirkungen dies auf das schweizerische Sparkapital hätte. Da die Schweiz viel mehr Waren ein- als ausführt (1932 betrug der Einfuhrüberschuss 962 Millionen) und die Kapitalanlagen der Schweiz im Auslande bedeutend grösser sind als die Guthaben des Auslandes in der Schweiz, so brächte eine Senkung des Schweizerfrankens der gesamten Volkswirtschaft der Schweiz weit mehr Nachteile als Vorteile.

Die Freigeldanhänger sind auch hier wieder Optimisten. Sie glauben, dass die Schweiz nicht lange isoliert dastünde. Besonders die östlichen Länder, welche für unsere ausländischen Kapitalanlagen in erster Linie in Betracht kommen, würden das als Signal betrachten für die Gründung eines Weltwährungsvereins. Sei unser kleines Land gross genug gewesen für die Gründung des Weltpostvereins, so reiche sein Umfang auch wohl für jenen[108]). Welche Aussichten das «Beispiel» der Schweiz mit der Einführung des Freigeldes hätte, kann daran ermessen werden, dass von allen Ländern, die in den letzten Jahren die Goldwährung aufgegeben haben, nicht ein einziges an das Freigeld gedacht hat.

22. Die Abschaffung des Zinses.

Die Freigeldlehre erstrebt eine Wirtschaftsordnung, in der der Zins auf höchst natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden soll. Durch den Schwundverlust wird nach Ansicht der Freiwirtschafter das Geldangebot immer grösser und dadurch der Zins immer kleiner. Das Freigeld allein könne die Pro-

[108]) Schwarz, Einwände, S. 27.

duktion von allen Hemmungen befreien und den Zins durch ungestörte Vermehrung des Kapitalangebotes schliesslich auf Null senken[109]). Nach Silvio Gesell wird der Zins in einem Meer von neuem Kapital ersäuft werden[110]).

Der Zins wird nicht vom Geldumlauf bestimmt, sondern durch die Produktivität der Wirtschaft einerseits und das Kapital- und Kreditangebot andrerseits. Der Zins war noch nie so tief wie heute, wo viel Geld thesauriert ist; er kann also nicht, wie die Freiwirtschafter meinen, auf die Zurückhaltung von Geld zurückgeführt werden. Es dürfte noch geraume Zeit dauern, bis dieser Wunsch der Freiwirtschafter in Erfüllung gehen wird. Praktisch wäre eine Beseitigung des Zinses nicht möglich. Wir erinnern an das mittelalterliche Zinsverbot, das stets so viel Ausnahmen und Einschränkungen erfahren hat, dass die Verzinsung von Darlehen im Handelsverkehr auf allen möglichen Wegen erreicht werden konnte. Auch in den Kantonen, wo noch ein Zinsfussmaximum besteht, werden in Zeiten hoher Zinsfüsse Mittel und Wege gefunden, dieses zu umgehen. Im übrigen waren bis jetzt steigende Zinssätze im allgemeinen der Ausdruck einer guten Konjunktur! Dies sieht auch Gesell ein[111]).

Die Freigeldanhänger wissen, dass eine zinslose Wirtschaft eine Kapitalflucht im Gefolge hätte. Unter Freigeld sei dies aber eine erwünschte Erscheinung. Sie mache die Freiwirtschaft rascher international als irgend eine andere Werbetätigkeit. Da unter der Freiwirtschaft mit dem Kapital kein Tauschmittel abwandern könne, blieben die Preise auf der gleichen Höhe, und die Produktion nehme ihren gewohnten Fortgang. So erleide die Volkswirtschaft keinen Schaden, und die Kapitalabwanderung bringe dem Lande nur den Vorteil von Zinseinnahmen aus dem Auslande[112]).

[109]) Schwarz, Einwände, S. 65. — [110]) Gesell, Ausbeutung, S. 27. — [111]) Gesell, Reichswährungsamt, S. 14. — [112]) Schwarz, Einwände, S. 69.

Wenn der Zins aus dem Ausland kommt, ist er, wie es scheint, willkommen, im eigenen Lande aber ist er unchristlich.

Geht das Ausland ebenfalls zum Freigeld über, dann verschwinden die Zinseinnahmen, die bisher in der schweizerischen Zahlungsbilanz einen bedeutenden Aktivposten darstellten. Die Freiwirtschafter sehen in der Kapitalflucht einen Vorteil darin, dass die eintretende Senkung des Schweizerfrankens die Ausfuhr erleichtere und unsere Industrie ausserordentlich belebe[113]). Die Freiwirtschafter machen sich also keine Sorgen wegen der Kapitalflucht. Sie denken wahrscheinlich nicht daran, welche Folgen in der Inflationszeit die Kapitalflucht für Deutschland und für Oesterreich hatte.

Das Freigeld fördere — auch ohne Zins — den Sparsinn! Unter dem festen Preisstand trete keine Entwertung der Spareinlagen mehr ein. Im Jahre 1924 schrieb Schwarz, der Spartrieb sei dem Menschen, wie allen Lebewesen, angeboren. Heute schädige er infolge der verkehrten Geldwirtschaft die Menschheit, indem der Geldsparer die Krise verursache. Erst unter der Freigeldwährung spare man ohne Schaden für sich und andere, und erst dann werde das Sparen eine wirkliche, gern und ohne Schaden für andere geübte Tugend[114]). Heute meint Schwarz, dass die Leute unter Freigeld nur soviel sparen würden, als sie langfristig, ohne Schwund, anlegen könnten[115]).

Mag sein, dass auch unter dem Freigeld der Spartrieb nicht vollständig ausgelöscht sein würde und der vorsorgliche Familienvater nach wie vor nach Möglichkeit einen Teil seines Einkommens auf die Seite legte. Aber sicherlich unterschätzen die Freiwirtschafter die Bedeutung des Zinses als Triebfeder zur Sparsamkeit.

[113]) Schwarz, Einwände, S. 70. — [114]) Schwarz, Einwände, S. 67. — [115]) In einem Votum am 22. Februar 1933 in der «Börse» in Zürich.

Bisher haben die Banken und Sparkassen den Zinsfuss jeweils erhöht, wenn sie einen Abfluss der Spargelder hintanhalten oder den Zufluss neuer Spargelder beschleunigen wollten und umgekehrt den Zinsfuss herabgesetzt, wenn sie für die Spargelder nicht genügend Verwendung hatten.

Die Beseitigung des Zinses würde, nach Ansicht der Freiwirtschafter, bei gleichbleibender Arbeit eine Verdoppelung aller Arbeitseinkommen bedeuten[116]). Dazu kommt, nach Silvio Gesell, noch einmal eine Verdoppelung des Einkommens durch die Freilandreform[117]). Wenn dem so wäre, so könnten alle, die aus dem Ertrag ihrer Arbeit leben, mit Freuden für Freigeld und Freiland eintreten! Leider stimmt aber die Rechnung nicht ganz. Nach einer Schätzung von Dr. Wyler betrug im Jahre 1924 das Volkseinkommen 8,5 Milliarden, wovon das gesamte Kapitaleinkommen 2,2 Milliarden und das Arbeitseinkommen 6,3 Milliarden ausmachen. Verteilt man das Kapitaleinkommen auf sämtliche Erwerbende in der Schweiz, so macht das im Durchschnitt für den einzelnen Erwerbenden Fr. 1200 aus. Dabei dürfte sich gegenüber 1924 das Verhältnis zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen eher zuungunsten des letzteren verschoben haben.

Jedes Sinken des Zinses um 1 % hebe bei festem Preisstand die Löhne um mindestens 20 % [118]). In der Schweiz ist gerade jetzt das Zinseinkommen auf ein noch nie gesehenes tiefes Niveau gesunken, ohne dass die Löhne eine entsprechende Steigerung erfahren haben. Ob das unter Freigeld anders wäre?

Die Freiwirtschafter wollen den Zins abschaffen, aber die Risikoprämie bestehen lassen. Die Abschaffung des Zinses wäre aber nur dann möglich, wenn gleichzeitig auch der Unternehmergewinn beseitigt würde. Vorläufig findet man allerdings in der freiwirtschaftlichen Presse Inserate, durch die langfristiges

[116]) Freiw. Z. No. 35, 1932. — [117]) Gesell, N. W. O., S. 280. — [118]) Freiw. Z. No. 50, 1932.

Kapital mit Indexklausel gesucht wird, und zwar mit mittlerem, festem Zinssatz plus liberale Gewinnbeteiligung.

Das hohe Einkommen — unter Freiland und Freigeld das Dreifache des bisherigen — begünstigt das Sparen. Der Mensch werde aber nicht mehr Geld sparen, sondern zinsfreie Schuldentitel, Häuser, Fabriken, Schiffe, Eisenbahnen, Versicherungen und Altersrenten erwerben[119]).

23. Verstaatlichung von Grund und Boden.

«Der Boden wird zurückgekauft, um bei sin- «kendem Zinsfuss nicht ein Raub der Spekulation «zu werden, und zur privaten Bewirtschaftung «durch Meistbietungsverfahren verpachtet. An der «Verpachtung kann jedermann teilnehmen. Nach «der Abzahlung der Landschuld werden die Pacht- «gelder an die Mütter nach der Zahl ihrer noch «nicht 16 Jahre alten Kinder als Kinderrente «verteilt»[120]).

«An diesen öffentlichen Pachtungen kann sich «jeder Mensch beteiligen, einerlei wo er geboren, «wie und was er spricht, welchen Lastern er hul- «digt, welche Verbrechen er begangen hat, von «welchem Gebrechen er geplagt wird, kurz alle, «die Menschenantlitz tragen»[121]).

Das ist in kurzen Zügen das Freilandprogramm von Silvio Gesell und des Schweizer Freiwirtschaftsbundes. Der Boden soll nach und nach in den Besitz der Eidgenossenschaft übergeführt, dann verpachtet und so wieder der privaten Wirtschaft übergeben werden. Sicher wird noch viel Wasser den Rhein hinabfliessen, bis unsere Bauern samt und sonders Pächter geworden sind. Die Freiwirtschafter wollen denn auch nur schrittweise vorgehen. Vorerst soll einmal ein Gesetz gegen die Bodenspekulation erlassen werden. Nur

[119]) Freigeldfibel, S. 27/28. — [120]) Schwarz, Einwände, S. 84. — [121]) Gesell, N. W. O., S. 68.

wer den Boden selbst bebauen will, darf ihn kaufen[122]). Diese Regelung führe dann zum Freiland. Anstatt Freiland sollte es besser Pachtland heissen! Statt Schuldzinsen muss der Bauer Pachtzinsen bezahlen. Die Zinspflicht bleibt, nur der Name wechselt. Dabei hat aber der Bauer sein Eigentum verloren. Silvio Gesell hat einen Pachtvertrag aufgestellt, der dem Pächter vorschreibt, was er alles zu tun und zu lassen hat. Der Stallmist ist dabei nicht vergessen worden[123]). Wir wollen uns nicht lange mit dem Freiland befassen, sondern uns mit dem Hinweis auf zwei Widersprüche begnügen.

1. Nach Silvio Gesell hat der Staat die Grundbesitzer zu entschädigen. Der zu bezahlende Preis richtet sich nach dem Pachtzins, den das Grundstück bisher einbrachte oder einbringen würde. Der ermittelte Pachtzins wird dann zum Zinssatz der Pfandbriefe kapitalisiert und der Betrag den Grundbesitzern in verzinslichen Schuldscheinen der Staatsanleihe ausbezahlt[124]). Also auf der einen Seite Abschaffung des Zinses und auf der andern Seite Einführung von verzinslichen Schuldscheinen.

2. Der Kurs dieser Schuldscheine soll stets dem Nennwert entsprechen[125]). Diese Ablösungsscheine sollen vom Staate so verzinst werden, dass der Besitzer des Scheines beim etwaigen Verkauf stets den Nennwert erzielt[126]). Der Kurs dieser Papiere ist fest, ihre Verzinsung schwankend. Gelänge es wirklich, die Titel auf der Parität zu halten, so fänden sie sicherlich auch als Geld Verwendung. Damit würde aber ein neues Zahlungsmittel geschaffen, das sich der Kontrolle des Währungsamtes entzöge und das nicht nur immer den gleichen Nennwert beibehielte, sondern auch noch Zins trüge.

[122]) Schwarz in seinem Vortrage vom 23. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [123]) Gesell, N. W. O., S. 82. — [124]) Gesell, N. W. O., S. 73. — [125]) Gesell, N. W. O., S. 75. — [126]) Fischer, S. 41.

24. Die bisherigen Versuche mit Freigeld.

Der Schweizer Freigeldbund weist mit Vorliebe immer auf die Erfolge hin, die mit einer Art Freigeld in Schwanenkirchen und neuerdings in Wörgl im Tirol erzielt worden seien.

Die Gemeinde Wörgl hat im Sommer 1932 zur Unterstützung der Gemeindearmen «Arbeitsbestätigungsscheine» in Nennwerten von 1, 5 und 10 Schillingen in Verkehr gesetzt, und zwar in einem Gesamtbetrage von 32 000 Schilling. Diese Scheine verlieren jeden Monat 1 % an Kaufkraft. Sie können jederzeit bei der Gemeinde gegen Bargeld umgetauscht werden, mit einem Abzug von 5 %[127]).

Es ist wohl begreiflich, wenn die Empfänger — die Gemeindearmen — diese Gutscheine rasch weitergeben. Sie würden auch Schillingnoten nicht thesaurieren! Die Krämer, Metzger, Bäcker, Wirte behalten diese Scheine auch nicht lange. Hier mag das mangelnde Vertrauen schon ein treibendes Element sein. Dass der Bürgermeister von Wörgl an den von ihm eingeführten «Arbeitswerten» Gefallen findet, ist begreiflich. Bringt doch der Schwund der Gemeindekasse eine jährliche Einnahme von 12 % der ausgegebenen Scheine. Ferner verdient die Gemeinde 5 % beim Umtausch. Ursprünglich wurde die Deckung für diese Arbeitswertscheine zinstragend angelegt, bis der Gemeinderat fand, diese Deckung könne auch noch gegen kurzfällige Wechsel in Verkehr gegeben werden. Warum soll die Notenbank dieses Geschäft allein machen? fragt sich wohl der Gemeinderat[128]). Man sieht, wo das Interesse der Gemeinde Wörgl liegt.

Auch in der Schweiz würde es wohl manche Gemeinde begrüssen, wenn sie ihre eigene «Nationalbank» errichten könnte! In Zürich haben bereits eine Anzahl Lehrer eine Eingabe an den Vorstand des

[127]) Freiw. Z. No. 32, 1932. — [128]) «Geld und Arbeit», No. 1, 1933, S. 11.

Lehrervereins gerichtet und den Vorschlag gemacht, die Stadt Zürich sollte Notgeld in Scheinen von 1, 5, 10, 20, 50, 100 und 500 Franken ausgeben. In der Begründung wird in erster Linie auf die Einnahmequellen, die damit erschlossen würden, hingewiesen. Daneben wird eine Belebung des Geschäftsganges erwartet[129]).

Das Beispiel Wörgl will, ebenso wie das von Schwanenkirchen, noch nichts besagen; denn die Zeit ist zu kurz, um das Ergebnis im richtigen Lichte betrachten zu können. Die Wirkungen der Inflation zeigten sich auch erst später. Ferner zirkulieren neben diesen Arbeitswertscheinen nach wie vor die Noten der Oesterreichischen Nationalbank. Es besteht also immer noch ein wertbeständiges Geld, das gehamstert, aber auch für Zahlungen im Auslande verwendet werden kann. Die Arbeitswertscheine von Wörgl dagegen werden im Ausland kaum eine grosse Kaufkraft besitzen.

25. Freigeld und Goldwährung.

Schon Christen hielt die absolute Währung mit der Goldwährung für unvereinbar[130]). Obwohl die Goldwährung im Nationalbankgesetz verankert ist, behaupteten die Freiwirtschafter doch immer wieder, die Nationalbank könnte das Preisniveau stabil halten[131]). Kürzlich hat Schwarz zugestanden, dass die Nationalbank den Geldumlauf nicht im Sinne der Freigeldlehre regeln kann[132]).

In jüngster Zeit haben die Freiwirtschafter ihren Kampf gegen die Goldwährung verschärft. Diese habe in einer nach sittlichen Grundsätzen geordneten Volkswirtschaft keinen Platz[133]). Obwohl trotz allen Prophe-

[129]) Freiw. Z. No. 5, 1933. — [130]) Christen, Geldwesen, S. 21. — [131]) Freiw. Z. No. 47, 1932. — [132]) In seinem Vortrag vom 16. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [133]) Sonderegger, im «Landschäftler» No. 268 vom 14. November 1932.

zeiungen die Goldproduktion in den letzten Jahren zugenommen und 1932 einen Rekord erreicht hat, reden die Freiwirtschafter immer wieder von einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Goldknappheit.

Will der Schweizer Freiwirtschaftsbund die Goldwährung abschaffen, so muss er eine Aenderung des Bankgesetzes in die Wege leiten. Bundesrat und Nationalbank sind allerdings der Meinung, dass die Goldwährung für die Schweiz gegenwärtig das beste Währungssystem darstelle. Eine Aenderung des Währungssystems auf dem Wege der Gesetzgebung dürfte — trotz der Propaganda des Schweizer Freiwirtschaftsbundes — nicht so leicht herbeizuführen sein. Denn Anhänger und Befürworter der Goldwährung sind neben den Bundesbehörden und der Nationalbank alle politischen Parteien der Schweiz und alle Wirtschaftskreise.

Aber auch international hat sich erneut die Erkenntnis durchgerungen, dass die Goldwährung den am besten geeigneten verfügbaren Mechanismus darstelle, um die freie Bewegung des Welthandels und der internationalen finanziellen Betätigung zu gewährleisten. Für die Goldwährung haben sich ausgesprochen: die vom Völkerbund ernannte Golddelegation, der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und die Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Im weitern kann darauf hingewiesen werden, dass auch diejenigen Länder, die in den letzten Jahren aus irgend welchen Gründen die Goldwährung verlassen haben, sich weiter eifrig um das Gold interessieren. Wir erwähnen vor allem England, das in der letzten Zeit seine Goldreserve wesentlich verstärkte. Verschiedene Länder suchen goldene Brücken zur Rückkehr zum Golde! Das Gold hat als Währungsmetall noch nicht sobald ausgedient, wie die Freiwirtschafter meinen.

26. Das Freigeld im Wirtschaftsleben

Silvio Gesell schreibt in seiner «Natürlichen Wirtschaftsordnung»:

«Unter dem Reichswährungsamt brauchen «wir uns nicht ein grossartiges Gebäude mit Hun- «derten von Beamten vorzustellen, wie etwa die «Reichsbank. Das Reichswährungsamt betreibt «keinerlei Bankgeschäfte. Es hat keine Schalter, «nicht einmal einen Geldschrank. Das Geld wird «in der Reichsdruckerei gedruckt; Ausgabe und «Umtausch geschehen durch die Staatskassen; die «Preisermittlung findet im Statistischen Amt statt. «Es ist also nur ein Mann nötig, der das Geld «von der Reichsdruckerei aus an die Staatskassen «abführt, und der das für währungstechnische «Zwecke von den Steuerämtern eingezogene Geld «verbrennt. Das ist die ganze Einrichtung. Eine «Presse und ein Ofen. Einfach, billig, wirk- «sam.

«Und mit dieser einfachen Einrichtung wollen «wir die schwere Arbeit der Goldgräber, die kunst- «vollen Maschinen der Münzstätten, die Betriebs- «mittel der Banken, die aufgeregte Tätigkeit der «Reichsbank ersetzen, und zwar so ersetzen, dass «niemals ein Pfennig zuviel, niemals zuwenig um- «laufen wird. Und das heute, morgen, ewig, in gu- «ten wie in bösen Tagen. Und mehr als ersetzen. «Wir wollen mustergültige, bedächtige, für alle «Welt vorbildliche Arbeit liefern»[134]).

Einfacher kann man sich die Tätigkeit eines Währungsamtes nicht mehr vorstellen. Da braucht sich keine Bankleitung mehr um die Diskonto- und Goldpolitik zu sorgen!

Die Freiwirtschafter erwarten von der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes die Verwirklichung

[134]) Gesell, N. W. O., S. 251.

einer konjunkturfreien Wirtschaft. Oder vielmehr prophezeien sie: beständige Hochkonjunktur unter Freigeld[135]).

Die Freigeldanhänger halten ihre Theorie für unanfechtbar; sie beweisen sie mit mathematischer Genauigkeit. Sie schwören auf ihre Formel, obwohl diese nur Unbekannte enthält. Wir kennen weder das Warenangebot in unserem Lande, noch den eigentlichen Geldumlauf und die Umlaufsgeschwindigkeit. Das ist zwar nach Ansicht der Freiwirtschafter gar nicht notwendig; denn man braucht nicht zu wissen, ob der Anstoss zu allgemeinen Preisschwankungen auf der Warenseite oder auf der Geldseite liegt[136]). Alle Störungen werden, unbekümmert um den Krankheitsherd, von der Geldseite her behoben.

Die Freiwirtschafter erachten die Durchführung der festen Währung als ein Kinderspiel. Ein Mann, eine Presse, ein Ofen! Steigen die Preise, dann müssen dem Verkehr Noten entzogen werden; sinken die Preise, dann muss der Volkswirtschaft «neues Blut» zugeführt werden. Diese Umlaufsregulierung soll mit einer Reihe von Mitteln erzielt werden. Versagt das eine, hilft vielleicht das andere. Die Führer versprechen ihren Anhängern nicht nur eine krisenlose Wirtschaft, sondern gleich auch das dreifache Einkommen und damit ein freudereicheres Leben.

Allerdings nicht für alle Leute! Denn wo früher zehn Krämer waren, da ist nurmehr einer und dieser hat trotz zehnfachem Absatz weniger Arbeit als früher. Der ganze Kramhandel wird zum einfachen Besorgungsgeschäft. Ein Buchhalter statt zehn. Neun Zehntel aller Kassenbeamten werden überflüssig[137]). Auch der grössere Teil der kaufmännischen Niederlassungen wird verschwinden. Die Kaufleute werden

[135]) Freiw. Z. No. 23, 1930. — [136]) Diskussionspunkte, S. 10. — [137]) Gesell, N. W. O., S. 261—263, 266.

in grosser Zahl entbehrlich[138]). Der Kaufmann hält ein Musterlager. Die Lieferungen erfolgen gleich von der Bahn aus[139]). In jedem Hause befindet sich eine Vorratskammer[140]). Wo sollen denn alle Leute, die unter Freigeld arbeitslos werden, untergebracht werden? Ein Teil fände vielleicht Unterkunft als Indexstatistiker! Auch der Staatsbeamte hätte, trotz festem Preisniveau, nicht eitel Freude am Freigeld. Wohl könnte er mit einem Gehaltszuschuss rechnen, wenn mehr Geld in Verkehr gebracht werden müsste. Muss aber die Geldmenge verkleinert werden, weil das Kilogramm Durchschnittsware teurer zu werden droht, dann hat der Staat nach Rezept Christen mit den Gehältern zu knausern[141]).

Grosse Freude am Freigeld hätten wiederum die Bräute. Denn das Gold, das jetzt als Währungsunterlage dient, wird eingeschmolzen, zu Ketten und Armbändern verarbeitet. Der Staat schenkt diese allen Bräuten bei ihrer Verheiratung[142]).

Die Freiwirtschafter reden vom Geldstreik. Dabei harrt das Geld, oder besser gesagt, das brachliegende Kapital nur des Augenblicks, wo Handel und Industrie seiner wieder bedürfen. Es leuchtet wohl jedermann ein, dass die Banken froh wären, wenn sie ihren Kassenbestand herabsetzen und in vermehrtem Masse zinstragend anlegen könnten. Heute bestehen grosse Kredite, die nicht benützt werden, weil es dem Unternehmer am Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft gebricht. Solange die Störungen im Wirtschaftsprozess andauern, solange liegt für den Produzenten kein Anlass vor, die schon bestehenden Warenlager noch zu erhöhen. Die Ankurbelung der Wirtschaft kann nicht von der Geldseite her erfolgen.

Die Freigeldanhänger verwerfen jede Zwangswirtschaft. Sie vergessen aber dabei, dass der Umlaufs-

[138]) Gesell, N. W. O., S. 260, 271. — [139]) Gesell, N. W. O., S. 271. — [140]) Gesell, N. W. O., S. 271. — [141]) Christen, Währungsfrage, S. 27. — [142]) Gesell, N. W. O., S. 249.

zwang des Geldes und die Enteignung des Grundbesitzes wohl die stärksten Eingriffe in die persönliche Freiheit des Menschen darstellen würden.

Die Freiwirtschafter wollen mit einem 5 %igen Schwunde das Geld zum Umlauf zwingen und damit auch den Zins beseitigen. Gleichzeitig erklären sie, dass der Schwund von 5 % jährlich lächerlich klein sei und für die meisten Leute keine Rolle spiele. Der Zins aber, der heute für Geldgeber und Geldnehmer zum Teil wesentlich unter 5 % beträgt, soll nicht nur unchristlich sein, sondern auch dem Lohnempfänger die Hälfte seines Einkommens rauben.

Die Vertreter der Freigeldlehre verkünden im Brustton der Ueberzeugung ihre Heilslehre. Sie sparen nicht an Worten und auch nicht an Anschuldigungen. Sie betrachten ihre Lehre theoretisch als unanfechtbar und ihre Verwirklichung als ein Kinderspiel. Auch der Schweizer Freiwirtschaftsbund hält die Festigung des Preisstandes für eine einfache Sache. Nach Schwarz müssen wir dem Inland und Ausland erklären, dass wir von einem bestimmten Tage an — also nicht von heut auf morgen — die Geldausgabe nicht mehr nach unseren Goldvorräten richten, sondern dass wir das Geldangebot dem Warenangebot anpassen werden. Dann müssen wir dem Ausland mitteilen, dass wir zu einer Neuordnung der Valutaverhältnisse kommen wollen. Dann lässt man den Franken sinken auf den Punkt, den man für richtig erachtet. Dazu braucht man vielleicht ein paar Millionen Gold, vielleicht auch nicht[143]). Man erklärt — und das Ziel ist erreicht!

Im Jahre 1924 meinte Schwarz, es wäre traurig, wenn man mit dem heutigen Gelde keine Festigung erreichen könnte[144]). Jetzt verlangen die Freiwirtschafter den Umlaufszwang[145]). Sie wollen das Preisniveau sta-

[143]) Schwarz, in einem Vortrag am 23. Februar 1933 in der «Waag» in Zürich. — [144]) Protokoll, S. 37. — [145]) These 15; Diskussionspunkte, S. 12.

bilisieren, vorerst soll aber der Grosshandelsindex zum Steigen gebracht werden[146]).

Nehmen wir kurz an, die Schweiz würde als erstes und zunächst als einziges Land das Freigeld einführen. Welches wären die Folgen?

Der Schweizerfranken käme ins Sinken. Das wissen und wollen die Freiwirtschafter. Es ist ihnen gleichgültig, ob alle die im Ausland in Schweizerfranken angelegten schweizerischen Gelder eine Entwertung erfahren. Die Freiwirtschafter glauben, man könne den Sturz des Schweizerfrankens da aufhalten, wo es der Schweiz beliebt. Die Erfahrungen im Auslande lehren, dass dem nicht so ist. Der Schweizerfranken würde der Spielball der Spekulation.

Die Entwertung des Schweizerfrankens wäre sicher; unsicher aber, ob die Festigung des Preisstandes mit dem Freigeld überhaupt erzielt werden könnte. Wir haben gezeigt, dass eine Notenbank auch unter Freigeld nicht die Macht hätte, das Preisniveau stets auf gleicher Höhe zu halten. Es lässt sich nicht erzwingen, was der Mensch mit seinem Gelde anfangen muss.

Die Festigung des Preisstandes würde die Nachfrage nach Waren weder von Seite des Inlandes noch von Seite des Auslandes vermehren. Auch bei «festen» Preisen könnte die Produktion und der Absatz an Uhren, Stickereien, Maschinen usw. nicht gesteigert werden.

Das Schwundgeld erfreute sich keiner besondern Beliebtheit. Jedermann würde danach trachten, den Verlust auf seine Mitmenschen abzuwälzen. Das Klebegeld wäre weder praktisch, noch hygienisch. Der Verkehr suchte daher nach andern Zahlungsmethoden.

Es wäre praktisch nicht möglich, nur das bare Geld dem Schwunde zu unterwerfen. Wollte man aber auch die Giro- und Postcheckguthaben und die Depo-

[146]) Diskussionspunkte, S. 13.

siten mit dem Schwunde belegen, so wäre dies gleichbedeutend mit einer Unterbindung des ganzen Kreditverkehrs.

Aber auch der S p a r e r würde in Mitleidenschaft gezogen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, dass trotz allen Versicherungen der Freiwirtschafter schliesslich auch die Spargelder mit dem Schwunde bestraft werden müssten, weil sich sonst der Zahlungsverkehr einfach über das Sparkonto vollziehen würde.

Die Verstaatlichung von Grund und Boden würde aus unseren B a u e r n samt und sonders Pächter machen. Jeder Bauer hätte Aussicht, von Grund und Boden vertrieben zu werden; denn der Boden wird ja an den Meistbietenden verpachtet. Ein Pachtvertrag schreibt dem Bauer vor, was er zu tun und zu lassen hat. Um die Innehaltung der Bestimmungen zu überwachen, brauchte es ein ganzes Heer von Staatsbeamten.

Die B a n k e n wüssten sich nach der Meinung der Freiwirtschafter auch unter Freigeld zu wehren. An Stelle der Zinsen würden Risikoprämien und Provisionen treten. Gewiss könnten und müssten die Banken den Verlust, der ihnen aus der Haltung einer Kassareserve erwächst, auf ihre Kunden abwälzen. Allein es wäre praktisch gar nicht möglich, das Kreditsystem in der heutigen Form fortzuführen.

Die Schweiz bildet in der Kette der Weltwirtschaft nur ein Glied; sie ist infolge ihrer wirtschaftlichen Struktur in ganz besonderem Masse vom Wohlergehen der andern Staaten abhängig. Unsere Exportindustrie wird dann wieder aufblühen, wenn die Wirtschaftslage in unsern Absatzgebieten besser geworden ist. Die Schweiz kann dafür sorgen, dass sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt; es liegt aber nur zum kleinsten Teile in ihrer Macht, die Aufnahme- und Zahlungsfähigkeit des Auslandes zu stärken.

Literatur zur Freigeldlehre, zugleich Verzeichnis benützter Abkürzungen.

Dr. Th. Christen, Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens. Drei Denkschriften an das eidgenössische Finanzdepartement. Bern 1919.

Dr. Th. Christen, Zur Kritik der absoluten Währung, Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1920, S. 61—66 = Absolute Währung.

Dr. Th. Christen, Das Geldwesen ein dynamisches System, II. Auflage. Bern 1932.

Dr. Th. Christen, Die Währungsfrage, Erfurt und Bern 1922 = Währungsfrage.

P. Fischer, Bauer wach' auf! Der Kampf der Bauern gegen die Macht des Geldes, Erfurt und Bern 1922 = Fischer.

Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 7. Aufl., Hochheim (Kreis Erfurt), 1931. = N. W. O.

Silvio Gesell, Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, Bern 1932 = Ausbeutung.

Silvio Gesell, Das Reichswährungsamt, Bern 1920 = Reichswährungsamt.

J. Huber, Die wirtschaftliche Rettung der Schweiz aus der heranrückenden grossen Wirtschaftskrise, Basel (Selbstverlag) [1920]. = Huber.

F. Schwarz, Hundert Einwände und Bedenken gegen Freiland - Freigeld, Bern 1924 = Einwände.

F. Schwarz, Konjunkturprognose, ein Wirtschaftsbarometer, Frankfurt a. M. 1930 = Konjunkturprognose.

F. Schwarz, Kampf der Absatzkrise und der Arbeitslosigkeit, Bern 1931 = Absatzkrise.

Schweizer Freiland- und Freigeld-Bund, Freigeldfibel = Freigeldfibel

Schweizer Freiland-Freigeld-Bund, Wie steht es um den Schweizerfranken? Das Protokoll der eidgenössischen Währungskommission, Bern 1924 = Protokoll.

Die Freigeldlehre eine Irrlehre? Stenographisches Protokoll einer Diskussion über die Freigeldtheorie zwischen Dr. jur. W. Egger, Redaktor am «Bund» und Fritz Schwarz, Redaktor der «Freiwirtschaftlichen Zeitung», Bern 1932 = Diskussion Egger/Schwarz.

Schweizer Freiwirtschaftsbund, Diskussionspunkte für eine Besprechung über die Bekämpfung der Krise durch die Neuordnung des Geldwesens = Diskussionspunkte.

Thesen der Freigeldlehre, abgedruckt in der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» No. 41, 1932 = These.

«Freiwirtschaftliche Zeitung», Organ des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, Bern = Freiw. Z.

Literatur zur Kritik der Freigeldlehre.

Beyer, Helene. Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise? Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre. Berlin 1932.

Böhler, E. Freigeld oder Goldwährung, N. Z. Z. No. 1840 vom 11. Oktober 1928.

Büscher, Gustav. Staatswährung oder Handelswährung? Eine Kritik der Freigeldlehre und der staatlichen Theorie des Geldes und eine Antwort auf die Währungsfrage von heute. Veröffentlichung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz, Heft 2, Mannheim [1923].

Der Bundesrat zur Freigeldfrage. Antwort an den Schweizerischen Grütliverein. Wirtschaftsberichte des Schweizerischen Handelsamtsblattes, 1925, S. 177—180.

Goetschel, Edm. Kritik der absoluten Währung. Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 1919. S. 285—303.

Haber, Franz. Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, Jena 1926.

Kellenberger, Ed. Richtlinien für eine schweizerische Währungsreform. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1917, S. 359—374.

Kellenberger, Ed. Der Freigeldwahn. Politische Rundschau, Juli 1926, S. 212—223.

Kellenberger, Ed. Kreditpolitik und Weltwirtschaftskrise. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1931, S. 102—113.

Kellenberger, Ed. Wirtschaftskrisis und feste Währung. Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, 1922, S. 33—46.

Langelütke, Hans. Tauschbank und Schwundgeld als Wege zur zinslosen Wirtschaft. Vergleichende Darstellung und Kritik der Zirkulationsreformen P. J. Proudhons und Silvio Gesells, Jena 1925.

Protokoll der Konferenz der eidg. Währungskommission vom 8. und 9. Februar 1923.

Mises, L. Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928.

Müller, E. Die Freigeldtheorie im Lichte wirtschaftlicher Tatsachen und praktischer Vernunft, Gstaad 1932.

Schmidt, Conrad, Geld und «Schwundgeld»-Zauberei, Berlin 1924.

Stillich, Oskar. Das Freigeld. Eine Kritik, Berlin 1923.

Wegelin, Walter. Tauschsozialismus und Freigeld, Zürich, Dissertation 1921.

Zürcher Kantonalbank. Freigeld, Bulletin No. 51, Januar 1933.



